

Barnimer Bürgerpost

die unabhängige Leserzeitung

NR. 184 · 16. JAHRGANG · AUSGABE 6/2010 VOM 21. MAI 2010 · ERSCHEINT MONATLICH · 1 EURO

5 | **Eberswalde auf dem Weg ins finanzielle Desaster**
Lesestoff oder Zündstoff?

7 | **Kleine Antwort zur Ortsumgehung B167neu**
Kleine Anfrage im Landtag

12 | **Besser Exit als Exitus**
Die Bundeswehr am Hindukusch

Auf dem Holzweg mit goldenen Spänen

Die Initiative baumloses Bauen in der Stadt (IbBiS) hat am 30.04.2010 ihre diesjährige gesamtdeutsche Weiterbildungsveranstaltung erfolgreich in Eberswalde abgeschlossen und ihren höchsten Preis an einen Grundbesitzer in Eberswalde und eine Fachfirma aus Biesenthal vergeben. Besonderer Dank von IbBiS gilt den Verwaltungen und Institutionen in der gastgebenden Stadt.

Neben umfangreichen theoretischen Einweisungen über die Ziele, Mittel und Wege des baumlosen Bauens in der Stadt konnten die über zweihundert Teilnehmer und fünfzehn Referenten der Weiterbildung wieder eine Vielzahl einprägsamer praktischer Beispiele des baumlosen Bauens in Ihrer schönen Stadt bewundern. Das ist um so bemerkenswerter, da in Ihrer Stadt besondere Aufwendungen erforderlich sind, um das ungewollte, auf die gute Wasserversorgung zurückgehende Wachstum der Bäume auf den Grundwasserböden in Ihrer Stadt zu verhindern.

In der Initiative baumloses Bauen in der Stadt haben sich Grundeigentümer, Landschaftsarchitekten, Betriebe des Garten- und Landschaftsbaues und Vertreter öffentlicher Verwaltungen zusammengeschlossen, um der ungeordneten Ausbreitung von Bäumen im urbanen Bereich zielstrebig entgegenzutreten. Wir sind der festen Überzeugung, daß Bäume unsere Innenstädte nur verschandeln können und deshalb dort nichts zu suchen haben. Insbesondere beeinflussen Bäume die öffentliche Sicherheit nachteilig, tragen wesentlich zur Verschmutzung der Straßen, Plätze und Wege bei und behindern die Sicht auf unsere schönen Bauwerke. Baumloses Bauen hat unbestreitbare Vorteile hinsichtlich der Baukosten, der Instandhaltung und Reinigung und ist nachdrücklich ästhetisch.

Diesen Sachverhalt erkennt man in Ihrer schönen Stadt auf dem ersten Blick am neu gestalteten Marktplatz. Die wundervolle Ansicht auf das formschöne Landratsamt mit seiner wunderlichen Ausstellung wird überhaupt nicht durch Bäume und Sträucher gestört. Insbesondere an heißen Sommertagen kann man sich über die ungehemmte Sonneneinstrahlung freuen. Im Winter steht der freie Platz für die Lagerung des überzähligen Schnees zur Verfügung.

Wegen der hervorragenden Aktivitäten in Ihrer schönen Stadt hatten wir uns schon im Winter entschieden, die Bemühungen zum Aufbau des Lehrstuhles für baumloses Bauen an der Eberswalder Hoch-

schule für nachhaltige Entwicklung mit einer bedeutenden Summe zu unterstützen. Nunmehr haben wir auf unserer Weiterbildung beschlossen, auch unsere mehrjährigen Erfahrungen für den Aufbau des Lehrstuhles zur Verfügung zu stellen. Selbstverständlich übermitteln wir gerne die Tagungsunterlagen.

Von Eberswalde gingen in den vergangenen zweihundert Jahren immer wieder bemerkenswerte Initiativen aus, die den Umgang der Menschen mit Bäumen in der ganzen Welt beeinflussen haben. Deshalb gehen wir davon aus, daß dieser Lehrstuhl für baumloses Bauen in der Stadt in ganz besonderer Weise zur Verbreitung unseres Gedankengutes sorgen wird.

Unseren höchsten Preis, die Plakette »Holzweg mit goldenen Spänen« konnten wir in diesem Jahr in den Landkreis Barnim vergeben. Die Sparkasse Barnim mit Sitz Eberswalde und die Firma Märkisch Grün in Biesenthal erhalten den Preis für vorbildliche und zielstrebige Holzungen auf dem Gelände der Sparkasse Barnim. Am 30.04.2010, dem Tage unserer Weiterbildung, konnten wir auf der anschließenden Exkursion mit eigenen Augen sehen, wie eine große und stabile Weide am Weinberggraben auf dem Gelände der Sparkasse Barnim sach- und fachgerecht von Mitarbeitern der Firma Märkisch grün geköpft wurde und nun langsam und für alle sichtbar ausbluten kann. Diese beiden Institutionen erhalten den Preis insbesondere wegen des symbolträchtigen

Termins ihrer beispielgebenden Aktion. Am ersten Mai feierten unsere Vorfahren gemeinsam das Frühlingsfest und huldigten unter heiligen Bäumen. Die geköpft Weide am Weinberggraben steht diesem unsinnigen Brauch wirkungsvoll entgegen.

Bäume gehören nun einmal nicht in die Stadt. In diesem Sinne wünschen wir den Bürgern und den Mitarbeitern in den Verwaltungen der Stadt Eberswalde und des Landkreises Barnim weiterhin viele Erfolge auf dem Holzweg.

LARS ZIEGLER, Vorsitzender der Initiative baumloses Bauen in der Stadt



Vor fünf Jahren schrieben wir:

Die einzelnen Ausgaben spiegeln die jeweils aktuelle gesellschaftliche und politische Situation in Eberswalde. Im Rückblick werden die Augenblicksbeobachtungen in ihrer Widerspiegelung zur soziologischen Live-Studie, aus der interessierte Menschen wertvolle Hinweise für die Bewertung der aktuellen Situation gewinnen können. »Angesprochen werden souveräne Bürgerinnen und Bürger, deren Selbstbestimmtheit und Selbstbewußtsein die Barnimer Bürgerpost ein Podium geben will.« (1995) Das impliziert selbstverständlich einen gewissen intellektuellen Standard als Voraussetzung – lesen und schreiben sollte man schon können. Wirkliche Souveränität schließt zudem die Fähigkeit ein, die Freiheit des anderen zu achten und selbst die sachliche Kritik anderer auszuhalten.

Die Selbstverwirklichung in der »Barnimer Bürgerpost« stellt darüber hinaus eine Art soziales Experiment dar, das über die Warenproduktion als bestimmende Form menschlicher Tätigkeit hinausweist. Die materielle Hülle muß unter den gegebenen gesellschaftlichen Bedingungen zwangsläufig Warencharakter tragen. Papier und Druck müssen bezahlt werden. Dazu muß die »Barnimer Bürgerpost« wie jede andere Zeitung verkauft werden. Prinzipiell gilt das auch für alle kostenlos verteilten Zeitungen, nur daß da nicht die Leser, sondern andere die Ware bezahlen, sei es über Anzeigen oder per Fördermittel, Spenden oder sonstige Zuschüsse. Die Geldgeber haben zwangsläufig einen bestimmenden Einfluß auf die Inhalte, die damit selbst zur bezahlten Ware werden.

Für die »Barnimer Bürgerpost« ist die Akzeptanz des Warencharakters der »materiellen Hülle« hingegen Möglichkeit und Bedingung für die inhaltliche Unabhängigkeit.

Die »Barnimer Bürgerpost« ist also zum einen Teil der allgemeinen Wertverwertungsprozesse und muß sich den ökonomischen Prinzipien dieser Prozesse unterwerfen. Doch in der Warenhülle existiert ein ideeller Teil, der für sich genommen funktioniert. Dieser jenseits abstrakter Wertproduktion funktionierende Anteil repräsentiert sogar den wesentlichen Teil unserer Zeitung.

Die Autorinnen und Autoren der »Barnimer Bürgerpost« verkaufen ihre Informationen und ihre »Schreibarbeit« nicht als Ware. Vielmehr nutzen sie die angebotene Warenhülle, um sich mit ihren Texten selbst zu verwirklichen und den anderen ihre Information, ihr Wissen, ihre Meinungen ohne irgendwelchen Anspruch auf eine wie immer gearbete Gegenleistung zur Verfügung zu stellen. Ähnliches gilt für die ehrenamtliche Redaktions- und Verteiltätigkeit.

Warum soll das, was bei der »Barnimer Bürgerpost« seit nunmehr 15 Jahren funktioniert, nicht auch in anderen gesellschaftlichen Bereichen möglich sein?

15 Jahre Barnimer Bürgerpost

Ein »soziales Experiment jenseits der abstrakten Wertproduktion« nannten wir vor fünf Jahren die »Barnimer Bürgerpost« anlässlich ihres zehnjährigen Jubiläums. In Anspruch und zunehmend auch in der realen Umsetzung geht unser Zeitungsprojekt weit über ein gewöhnliches Medienprodukt hinaus.

Der Trägerverein der »Barnimer Bürgerpost« erblickte am 24. Mai 1995 das vereinsrechtliche Licht der Welt. Vier Monate später, am 22. September 1995, erschien die erste Ausgabe. Die Nummer 184 ist die aktuelle.

Die Gründungsphase fiel in eine turbulente Zeit. Eine erste Krise des lokalen politischen Nachwendesystems fegte den damaligen SPD-Bürgermeister von seinem Stuhl. Inzwischen erlitt sein Nachfolger das gleiche Schicksal. In diesem Frühjahr kulminierte die Krise und fand ihren beredten Ausdruck darin, daß der Landratsposten per Lotto vergeben wurde. Erstaunlicherweise ergab die Landtagswahl im fernen Nordrhein-Westfalen ein ähnliches Patt. Zeitgleich erleben wir im Zuge der aktuellen Wirtschafts- und Finanzkrise, wie sich allmählich die Nationalstaaten auflösen. Diesem Phänomen auf den Grund zu gehen, bleibt eine Aufgabe der nächsten Bürgerpost-Ausgaben.

»Der Barnimer Bürgerpost e.V. verfolgt den Zweck«, schrieben wir 1995 in unsere Satzung, »sich aktiv an der Meinungs- und Willensbildung der Bürgerinnen und Bürger des Kreises Barnim zu beteiligen und deren aktive und demokratische Mitwirkung am gesellschaftlichen Leben ... zu fördern«. Unsere Zeitung sollte und soll der Kommunikation dienen. Eine Zeitung der Leserinnen und Leser. Nicht von kommerziellen Interessen eines Verlages bestimmt oder abhängig vom Wohlwollen einzelner Anzeigenkunden oder Geldgeber.

Mit der Vereinsgründung konnten wir einige organisatorische Bedingungen gewährleisten. Die »Barnimer Bürgerpost« erscheint regelmäßig und ist für jeden zugänglich. Der Verein verhindert jegliche Gewinnerzielungsabsicht, garantiert die redaktionelle und inhaltliche Unabhängigkeit der Redaktion und bildet den Organisationsrahmen, in den sich die Leserinnen und Leser einbringen können.

Die Inhalte der »Barnimer Bürgerpost« werden entsprechend den Publizistischen Grundsätzen – diese werden jeweils Anfang des Jahres veröffentlicht – von den Leserinnen und Lesern bestimmt. So überwiegen subjektiv geprägte Meinungen aus allen Lebensbereichen. Mitteilungen aus erster Hand werden nicht durch redaktionelle Bearbeitung gebrochen. Wir können zurückblicken auf eine Fülle von Informationen, die ohne die »Barnimer Bürgerpost« nie öffentlich wären. Oft werden in der »Barnimer Bürgerpost« Probleme angesprochen, die dann früher oder später zum Thema des lokalen gesellschaftlichen Diskurses werden.

Kommunikation heißt verstehen und ist die Voraussetzung für Kooperation. Gleichberechtigte Kooperation wiederum ist zugleich Bedingung und Mittel für eine Entwicklung, in welcher die zur Herrschaft der einen über die anderen führenden einseitigen Abhängigkeiten an Bedeutung verlieren.

Doch fehlen oft gerade jenen Menschen, die in der materiellen Produktion aktiv sind und damit objektiv über die besten Möglichkeiten zur Kooperation verfügen, Zeit und Möglichkeit zur Kommunikation. Hierfür wird die »Barnimer Bürgerpost« auch in den nächsten Jahren zur Verfügung stehen.

Dr. MANFRED PFAFF, Vereinsvorsitzender
GERD MARKMANN, Redakteur

Das Fahrrad neu erfinden

Eberswalde (prest-bar/bbp). Zwanzig Jahre nach der Abschaffung einer planvollen kontinuierlichen Bildungs- und Erziehungsarbeit in den Kindergärten hat sich der Landkreis Barnim mit seiner »Bildungsinitiative« die altersgerechte Einschulung aller Kinder und fließende Übergänge zwischen den Bildungseinrichtungen vorgenommen. Eine Voraussetzung dafür sei, daß in Kitas eine kontinuierliche und planvolle Bildungs- und Erziehungsarbeit realisiert werde. Die hierzu nötigen Voraussetzung waren Anfang der 90er Jahre durch das Überstülpen des zergliederten Bildungssystems der BRD, in dem die Vorschulbildung faktisch keine Rolle spielte, zerschlagen worden.

Nun wird mit der Erarbeitung eines Qualitätskriterienkatalogs für Kindertagesstätten ein Neuanfang versucht. Mit einheitlichen Qualitätsstandards, aber unterschiedlichen Konzeptionen, soll den Barnimer Kindern der Weg in die Grundschule geebnet werden. Mitarbeiterinnen des Jugendamtes aus dem Sach-

bereich Kita/Jugendförderung gaben am 21. April in Eberswalde und in Bernau den Qualitätskriterienkatalog zur internen Evaluation an Kita-Leiterinnen im Kreis weiter. An beiden Orten beginnen direkt im Anschluß an die Übergabe Schulungen zur Umsetzung des Kriterienkataloges sowie zu Methoden der Qualitätssteuerung, an der jeweils 20 Einrichtungsleiterinnen teilnehmen. Die Leiter der übrigen von 106 Einrichtungen im Kreisgebiet werden im kommenden Jahr geschult.

Sommer in der Mühle

90. Ausstellung (22. Mai bis 6. Juni 2010)
»MÜHTisch« Junge Malerei und Glas
Vernissage: 22. Mai, 14.30 Uhr

Öffnungszeiten:
Montag bis Freitag: 11 – 17 Uhr (mit Unterstützung des Job-Center Barnim)
Sonnabend und Sonntag: 14.30 – 18 Uhr

Die Mühle e.V., Am Zainhammer, Eberswalde

Feierliches Gedenken am Tag der Befreiung

Eberswalde/Bernau (bbp/bm). Anlässlich der 65. Wiederkehr des Tages der Befreiung hatten die Stadt Eberswalde und die Brandenburgische Freundschaftsgesellschaft am 8. Mai zu einer Kranzniederlegung am sowjetischen Ehrenmal in Eberswalde in der Freienwalder Straße eingeladen. Die Einladenden hatten sich mit ihrer Einladung bewußt vom sonst heute üblichen Sprachgebrauch abgehoben, in dem die Befreiung vom Hitlerfaschismus zum bloßen »Kriegsende« abgestuft wird.

Zur feierlichen Gedenkveranstaltung sprachen vor den 70 anwesenden Bürgerinnen und Bürgern neben Bürgermeister Friedhelm Boginski der Attachè der Botschaft der Russischen Föderation in Berlin Rafael Y. Arutyunyan. Für musikalische Begleitung des Gedenkens sorgte das Akkordeon-Duo Matthias und Johannes Wagner aus Eberswalde.

»Wir sind zutiefst dankbar«, sagte Bürgermeister Boginski bezogen auf die 65 Jahre seit der Befreiung, »daß wir diese Zeit in Frieden leben durften«. Es sei die Pflicht der älteren Generationen, den »jungen Menschen die Auseinandersetzung mit der Geschichte ermöglichen zu können und die Erinnerungen an den 8. Mai 1945 wach zu halten«.

Auch in Bernau gedachten 300 Menschen des Tages der Befreiung. »Vor 65 Jahren schwiegen die Waffen und die Sirenen, die immer wieder die Menschen in die Luftschutzbunker trieben, ertönten nicht mehr – Es war Frieden.« So begann die Rede der Bundestagsabgeordneten Dr. Dagmar Enkelmann (DIE LINKE) auf der feierlichen Gedenkveranstaltung anlässlich des 65. Jahrestages der Befreiung vom Hitlerfaschismus am Ehrenfriedhof für die Gefallenen der Roten Armee in Bernau. In Anwesenheit von Vertretern der russischen Botschaft in Berlin, sowie des Bernauer Bürgermeisters H. Handke und der Vorsitzenden der SVV Bernau G. Gaethke erinnerten mehr als 300 Menschen der Heldentaten der Roten Armee. »Der Krieg hat viele Trümmer auf den Straßen hinterlassen und viele Trümmer in den Köpfen. Es hat lange ge-



dauert, ehe die Trümmer auf den Straßen geräumt waren – viel länger blieben die Trümmer in den Köpfen. Umso wichtiger ist dieser Tag – ein Tag der Erinnerung und zugleich ein Tag der Mahnung.« so Enkelmann. Rafael Y. Arutyunyan, Attachè der russischen Botschaft erinnerte an die über 50 Millionen Tote des zweiten Weltkrieges. Es gäbe in jeder Familie der ehemaligen Sowjetunion mindestens einen Angehörigen, der sein Leben in diesem Krieg verloren hätte, so wie auch in Deutschland viele Familien gelitten hätten.

Zahlreiche Menschen verharrten auch am Bernauer Deserteursdenkmal in einem Moment der Stille und gedachten der vielen Opfer, die nicht mehr bereit waren, ihr Leben für einen sinnlos gewordenen Krieg zu opfern. Bei einem abschließenden Friedensfestessen auf dem Marktplatz fand das Gedenken ein würdiges Ende, nämlich, wenn Fremde miteinander ins Gespräch kommen.

Beratung für Kriegsdienstverweigerer

mit Thomas Lehmann

im Begegnungszentrum »Wege zur Gewaltfreiheit«,
16225 Eberswalde, Brautstraße 34, Tel. 03334/22398
Termine nach Vereinbarung

Wo waren die anderen?

Am 8. Mai fand am sowjetischen Ehrenmal in der Freienwalder Straße in Eberswalde die Kranzniederlegung zum Tag der Befreiung statt. Der 8. Mai 1945 war der Tag der endgültigen Zerschlagung des Hitlerfaschismus. Ein Krieg ging zu Ende, der mehr als 50 Millionen Menschen das Leben kostete. Die Hauptlast des Krieges trugen vor allem die Angehöriger der sowjetischen Armee. Etwa 27.000.000 zivile und militärische Opfer waren das schreckliche Ergebnis dieses Krieges für die Völker der Sowjetunion. Mit der Kranzniederlegung sollte aller dieser Opfer gedacht werden.

Zirka 70 Bürger unserer Stadt, darunter viele Mitglieder und Volksvertreter der Linkspartei, gedachten der Opfer. Wo jedoch waren Vertreter der CDU, der SPD, der FDP, der Grünen und der Bürgerbewegungen? Wo waren die Vertreter des Geschichtswissenschaftlichen Instituts unserer Stadt?

Nur der Bürgermeister Herr Boginski und der Erste Beigeordnete Herr Landmann vertraten unsere Stadt. Bedeutet der Tag der Befreiung vom Faschismus den aufgeführten Parteien und Organisationen heute nichts mehr?

UDO WOLFGRAMM

Aufgrund einer technischen Panne auf dem Weg zwischen Redaktion und Drucklegung »verschwanden« leider auf Seite 1 der vorigen BBP-Ausgabe die Überschrift und der Schluß des nachfolgenden Textes im virtuellen Nirvana. Daher nun ein zweiter Versuch:

Zum 65. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus

Einer, der sich weigerte, auf seine Mitmenschen zu schießen

Die Tafeln sind eine Sitte wie jede andre auch, ein ehrendes Gedenkzeichen für die Toten. Aber die Tafeln lügen. Es muß nicht heißen: »tué pour la patrie« – es muß heißen: »tué par la patrie«. Getötet durch diesen niedrigen Begriff »Staat«, getötet durch diesen Wahnsinn, der die Heimat, die jeder liebt, mit einem Nützlichkeitsbegriff verwechselt, der den meisten nicht einmal von Vorteil ist, sondern nur den wenigen. Stirbt man für eine Weizenagentur? Für eine Hypothekenbank? Man stirbt für und

durch das Vaterland, und das kommt im wesentlichen auf dasselbe hinaus.

Tafeln, wie lange noch – ? Wie lange noch lassen sich erwachsene Menschen einreden, dass eine sinnlose und anarchische Organisation zwischen den Staaten ein Recht hat, das Leben zu nehmen? Wie lange noch lassen sich Mütter die Söhne, Frauen die Geliebten, Kinder den Vater abschießen für eine Sache, die nicht die Kosten für den Mobilmachungsbefehl wert ist? Wie lange noch wird Mord sanktioniert, wenn

der Mörder sich nur vorher eine Berufskleidung anzieht, seine Kanonen grau anstreicht, seine Gasbomben von der Kirche einsegnen läßt und sich überhaupt gebärdet wie der Statist einer Wagner-Oper? Uns fehlen andere Tafeln. Uns fehlt diese eine:

**Hier lebte ein Mann,
der sich geweigert hat,
auf seine Mitmenschen zu schießen.
Ehre seinem Andenken!**

KURT TUCHOLSKY, aus: Die Tafeln (1925)

Mehr Chefbefugnisse

Eberswalde (bbp). Durch eine Änderung der Hauptsatzung der Stadt Eberswalde soll der Bürgermeister künftig größere Befugnisse erhalten. Derzeit entscheiden die Stadtverordneten ab der Amtsleiterenebene über die Stellenbesetzung. Dieses vor einigen Jahren eingeführte Verfahren will Bürgermeister Friedhelm Boginski jetzt wieder abschaffen. Künftig sollen die Stadtverordneten nur noch über die Bestellung oder die Abberufung von Dezernenten entscheiden dürfen. Alle übrigen Personalbefugnisse sollen hingegen in der Hand des Bürgermeisters liegen. Über Umbesetzungen auf Amtsleiterenebene will der Bürgermeister künftig nur noch im Hauptausschuß informieren. »Die geänderte Aufgabenverteilung vereinfacht die Handhabung der Personalangelegenheiten«, heißt es in der Beschlußbegründung.

Einzelhandelssteuerung

Eberswalde (bbp). Auf ihrer Sitzung am 27. Mai beschließen die Eberswalder Stadtverordneten u.a. über den Aufstellungsbeschluß zum Bebauungsplan Nr. I »Strategische Steuerung des Einzelhandels«. Mit seiner Hilfe soll das im September 2007 beschlossene Einzelhandels-Zentrenkonzept rechtsverbindlich innerhalb der Siedlungsgebiete der Stadt umgesetzt werden. Demnach soll der Einzelhandel grundsätzlich in die zentralen Versorgungsbereiche der Stadt gelenkt werden. Außerhalb dieser zentralen Versorgungsbereiche werde der Plan Einschränkungen insbesondere hinsichtlich des Einzelhandels mit zentrenrelevanten Sortimenten festlegen. Kleinere Verkaufseinrichtungen wie Kioske, Tankstellenshops oder Handwerksverkauf bleiben davon unberührt.

In Eberswalde kann seit einigen Jahren eine Neuorientierung der Lebensmitteldiscounter beobachtet werden. Vor dem Hintergrund des allgemeinen Strukturwandels im Lebensmittel-einzelhandel untersuchen die Betreiber die gegenwärtigen Standortqualitäten wie auch die Möglichkeit von Verlagerungen. Dabei seien auch negative Auswirkungen auf die gegenwärtige Zentrenstruktur wie auch auf die vorhandenen Nahversorgungsbereiche zu beobachten. Das Einzelhandels-Zentrenkonzept wurde erarbeitet, um den Neustrukturierungsprozeß des Eberswalder Einzelhandels mit den städtebaulichen Anforderungen der Stadt, wie der Stabilisierung der vorhandenen Zentrenstruktur, der Sicherung der vorhandenen nahversorgungsbereiche wie auch der Sicherung der mittelzentralen Versorgungsfunktionen in Einklang zu bringen.

Mit der 2007er Novellierung des Baugesetzbuches hat der Gesetzgeber den Städten und Gemeinden ein neues Instrument zur Steuerung des Einzelhandels in die Hand gegeben. Mit der Aufstellung des Bebauungsplanes »Strategische Steuerung des Einzelhandels« soll dieses neue Instrument für die Stadt Eberswalde nutzbar gemacht werden.

FDP für mehr frühkindliche Bildung

Am Donnerstag, den 22.4., fanden sich zehn tatkräftige Mitglieder des FDP-Ortsverbandes Eberswalde auf dem Gelände der KITA Zwergerland e. V. ein, um das Team um Leiterin Frau Hempel bei der Neugestaltung des Außengeländes zu unterstützen. Mit von der Partie war auch der Dackelwelp Gismo, der sofort die Herzen der Betreuerinnen und der (meisten) Kinder gewann.

Zunächst erhielten die Liberalen, unter ihnen Ingo Postler und Götz Trieloff von der FDP-Kreistags- bzw. Stadtfraktion, einen Einblick in die Arbeit der KITA. Nach Besichtigung der Räumlichkeiten ging es ans Werk: Alte Holzpalisaden mußten ausgegraben und beseite geschafft werden. Die schwerste Arbeit bestand darin, die von der Stadtverwaltung bereitgestellten Robinienstämme vom Anhänger auf ihre Bestimmungsorte rund um den »Sandpool« zu wuchten. Trotz starker Männer keine leichte Aufgabe! Höhepunkt des Tages war ohne Frage der Blechkuchen und die aus Hohenfinow stammenden Bockwürste!

Nach dem praktischen Einsatz vor Ort trafen sich am Abend die FDP-Mitglieder mit Bürgerinnen und Bürgern im Cafe am Weidendamm. Dort hielt Marcel Yon, Kita-Experte aus Potsdam, einen Vortrag über »Innovationen für KITA und Musikschule«. Dabei kam er zu der Feststellung, daß in öffentlich betriebenen Kita-Einrichtungen ein Systemfehler zur Ver-

schwendung von Steuergeldern führen kann: Das Verwalten von Einrichtungen verschlingt im Vergleich zu dem, was beim Kind ankommt, viel zu viel Geld! Und die Politik redet den Fachleuten zuviel hinein! Der Gast aus Potsdam forderte, daß sich Städte und Gemeinden darauf konzentrieren sollen, die Bereitstellung durch freie Träger zu gewährleisten. Zudem soll den Eltern durch ein Gutscheinsystem ermöglicht werden, sich eine Kita ihrer Wahl und auch Betreuungsleistungen, die speziell auf ihr Kind passen, auszusuchen. Die knapp zwanzig Zuhörer erfuhren schließlich, daß es bereits Erfahrungen mit dem Gutschein-System gibt, wonach die Einführung dieser Innovation auch zu einer besseren Bereitstellung von notwendigen Betreuungs-Fachkräften geführt hat.

In der Diskussion, anstelle von dem in Bankok festsitzenden Martin Hoeck von Dr. Claudia Reißmüller geleitet, wurde auf den Mangel an Betreuungsplätzen für Kinder unter drei Jahren in Eberswalde hingewiesen. Die Idee von Stephan Fischer, mehr auf »Tagesmuttis« zu setzen, fand ein geteiltes Echo. Bei dieser Betreuungsform könnte jede Mutter, nach einer mehrtägigen Einweisung und bei Vorhandensein der notwendigen Räumlichkeiten, andere Kinder betreuen, so Fischer. Große Einstimmigkeit gab es über die Feststellung von Marcel Yon: Frühe Bildung ist die beste Investition!

STEPHAN FISCHER

Vorbesprechungen zu Sitzungen der StVV

Satzungswidrig und überflüssig

Die Einladungen für die Fraktionsvorsitzenden zur Stadtverordnetenversammlung enthalten stets den Zusatz, daß die Vorsitzende der StVV die Fraktionsvorsitzenden und den Bürgermeister zur organisatorischen Vorbesprechung einlädt. Die Eingeladenen finden sich folglich eine halbe Stunde vor der StVV-Sitzung ein. Ob die Beratung stattfindet, entscheidet sich dann nach Bedarf. Der Bürgermeister fragt in die Runde: »Haben Sie heute etwas für die Vorbesprechung?« Die Frage geht auch an Herrn Triller. Dessen Antwort: »Nein Herr Boginski, eher etwas dagegen.«

Nachdem es schon in früheren Legislaturperioden sogenannte Vorberatungen vor der StVV gab, gegen die ich erfolgreich kommunalrechtlich vorgegangen war, sind diese unter dem neuen Namen »organisatorische Vorbesprechungen« wieder auferstanden. Mein Widerspruch gegen diese nicht satzungsgemäßen Vorbesprechungen wurde von der Vorsitzenden der StVV und auch von den anderen Fraktionsvorsitzenden zurückgewiesen.

Ich fragte Frau Dr. Pischel: »Welche Rolle ist den Fraktionsvorsitzenden in einer organisatorischen Vorbesprechung zugeordnet? Welche organisatorischen Zuständigkeiten haben die Fraktionsvorsitzenden? Ich kenne keinerlei Aufgaben von

Fraktionsvorsitzenden bei der organisatorischen Vorbereitung der StVV. Die städtische Hauptsatzung und die Geschäftsordnung enthalten dazu keine Aussagen oder Festlegungen. Auch in der Kommunalverfassung ist dazu nichts zu finden. Was veranlaßt Sie, die organisatorische Vorbereitung der StVV zur Aufgabe der Fraktionsvorsitzenden zu machen?«

Frau Dr. Pischel erklärte, sie wolle die »Dinge selbst austesten und über deren Sinn oder Nützlichkeit urteilen.«

Als Vorsitzender der Fraktion Die Fraktionslosen hatte ich die Vorbesprechungen bis dahin aus Protest nicht besucht. Nach dem erfolglosen Widerspruch habe ich dann an den Beratungen teilgenommen. Ich war gespannt, welche Themen in der »organisatorischen Vorbesprechung« behandelt werden. Die Runde bemühte sich, mir keine Argumente für meinen Widerspruch in die Hand zu geben. Doch damit gab es auch nichts zu beraten. Die Vorbesprechungen wurden zur Farce oder fielen ganz aus.

Bleibt die Frage, wie lange Frau Dr. Pischel noch austesten und über Sinn oder Nützlichkeit urteilen will?

ALBRECHT TRILLER

Lesestoff oder Zündstoff?

Die Stadt Eberswalde auf dem Weg ins finanzielle Desaster

Es gefällt dem Verwaltungsdezernenten der Stadt Eberswalde Bellay Gatzlaff, den Stadtverordneten Texte zum Lesen auf die Tagungstische zu legen. Ohne jeden Hinweis oder Kommentar, ohne unmittelbaren Zusammenhang zu den auf der Tagungsordnung stehenden Themen. Über den Zweck dürfen die Abgeordneten rätseln.

So fanden die Stadtverordneten zur Sitzung am 29. April Zeitungsartikel über die Finanzlage in westdeutschen Städten und über den Stadtrückbau in Stendal auf ihren Tischen. Vergleicht man die in den Artikeln dargestellte Situation mit der in Eberswalde, so springen die Übereinstimmungen ins Auge. Die Schlußfolgerungen daraus lassen aber in Eberswalde auf sich warten.

Wie Stendal hat auch Eberswalde einen gewaltigen Einwohnerschwund. Die Einwohnerzahl von 56.000 auf rund 40.000 zurückgegangen (2030 sollen es nur noch 33.000 sein), trotz der Eingemeindungen von Sommerfelde, Tornow und Spechthausen. Aber bis Ende der 90er Jahre wurde der Rückgang als ein zeitweiliges Problem gesehen und fand sich in städtischen Entwicklungskonzeptionen nicht hinreichend wieder. Man denke allein an die Investitionen für Wasser- und Abwasseranlagen mit Erweiterung der Aufbereitungsanlagen und Anschluß von Dörfern ans Abwassernetz, die die Bürger hoch belasten und noch Jahre weiter belasten werden (was sich durch den Bevölkerungsrückgang noch verstärkt). Das Bauen auf der »grünen Wiese« führte auch in Eberswalde zu unausgelasteten Gewerbegebieten und zur Zerstörung städtischer Strukturen.

Erst mit der »Förderung der Sozialen Stadt« im Brandenburgischen Viertel wurde begonnen, gegenzusteuern. Doch auch das war mehr der Griff nach Fördermitteln als Teil eines ganzheitlichen Prozesses mit Schrumpfung der Stadt auf ihre Zentren. Die negativen Entwicklungen in diesem Wohngebiet konnten nicht aufgehalten werden. Teilweise wurden neue Gründe für die Abwanderung geschaffen durch Verschlechterung der Infrastruktur (Verlust von Einkaufsmöglichkeiten, Schließung von Kitas und Schulen u.a.).

Statt einer Politik der Schrumpfung der Stadt auf ihre Zentren wurde der Bandstadtcharakter der Stadt noch verstärkt. Die Bebauung an der Kreuzung Spechthausener Straße/Eberswalder Straße ist Ausdruck des Unverständnisses für eine sinnvolle Stadtentwicklung. Sie begann mit der Nutzung des alten Walzwerkgeländes für die Installation einer schön anzusehenden, aber unbezahlbaren LAGA und der Ansiedlung von Märkten, die die Käufer aus den Wohngebieten dorthin ziehen. Bis in die Gegenwart wird nicht davon abgesehen, entlang der B167 zu bauen. Ein weiterer Markt befindet sich im Bau, die ehemaligen Ledigenwohnheime des SVKE sollen zu altersgerechten Wohnungen ausgebaut werden. Auch im Süden und Osten gibt es eine Aus-

dehnung der Stadt anstelle einer Schrumpfung. So wurde das ehemals militärisch genutzte Gelände in Südent zum neuen Stadtteil entwickelt. Auch die ehemaligen Armeeeobjekte an der Freienwalder Straße wurden zu Wohnungen ausgebaut und neue Märkte und Tankstellen sogar über den Innenbereich der Stadt hinaus errichtet. Zweifel an der bisherigen Ansiedlungsstrategie wurden damit entkräftet, daß die Investoren oder potentiellen Nutzer ansonsten woanders hingehen würden.

Betrachtet man die städtischen Investitionen, so ist unschwer zu erkennen, es wird nur gemacht, wo es Fördermittel gibt. Ex-Bürgermeister Schulz prägte die Phrase vom »Fördermittel abreifen«. Nicht der langfristige Erfolg einer Investition war das Maß der Dinge, sondern der augenblickliche Effekt – in der Hoffnung, daß dadurch die Wirtschaft gestärkt wird – ohne Rücksicht auf die Folgekosten für die Stadt. So muß die Stadt heute jährliche Verluste hinnehmen, um der Fördermittelrückzahlung zu entgehen, die bei Schließung des Familiengartens (ehem. LAGA) ins Haus stehen.

Sicher war es dringend nötig, Sportzentrum und Schwimmhalle zu sanieren. Daß aber der Bau eines Spaßbades ein finanzielles Faß ohne Boden werden würde, war von Anfang an absehbar, wurde aber einfach ignoriert. Dabei war schon zu diesem Zeitpunkt die Finanzlage der dafür in Anspruch genommenen Technischen Werke Eberswalde (TWE) nicht rosig. Trotz der hohen finanziellen Belastungen stürzte sich die Stadt in dieses Projekt. Schon 2002 wurde die erste Hälfte der Stadtwerkeanteile verkauft, 2005 dann der Rest. Insgesamt kamen 29 Mio Euro Verkaufspreis in die Kasse. Bestenfalls reicht die Summe, von der rund 5 Mio an die Stadt ausgekehrt wurden, noch bis 2016 für den Ausgleich der Verluste der TWE, die allein 2008 drei Millionen Euro betragen.

Im Lesematerial von Herrn Gatzlaff wird die Frage nach dem Verantwortungsbewußtsein und nach der Befähigung der Abgeordneten aufgeworfen. Soweit, wie im vorliegenden Fall, Abgeordnete in die Entscheidungen in ihrer Eigenschaft als Aufsichtsratsmitglieder einbezogen wurden bzw. werden, stellt sich diese Frage ganz im besonderen. Die neue Kommunalverfassung legt im § 97 (4) fest, daß Mitglieder in den Aufsichtsräten die für diese Tätigkeit erforderliche Befähigung besitzen sollten. Für die Mehrheit der Aufsichtsratsmitglieder der TWE sind große Zweifel an ihrer Befähigung zur Kontrolle der Geschäftsführung angebracht. Für diese Zweifel sprechen die getroffenen bzw. nicht getroffenen Entscheidungen

dieses Gremiums. Am deutlichsten wird das daran, daß bis zur Stunde nicht an einem Sanierungskonzept gearbeitet wird – ja, daß dieses noch nicht einmal für nötig befunden wird. Da muß man zwingend auch von Verantwortungslosigkeit sprechen.

Die Fakten belegen, Eberswalde ist mit den in Herrn Gatzlaffs Lesematerial genannten Kommunen vergleichbar. Viel wichtiger ist aber die Frage, ob in Eberswalde Schlußfolgerungen für die Zukunft gezogen worden sind. Leider muß diese Frage verneint werden. Noch immer geht es im alten Trott weiter und eine Wende ist nicht in Sicht. Zwar ist die »Aufgabenkritik« zum geflügelten Wort in Eberswalde geworden. In ersten Analysen wurde aber nur die Arbeit der Stadtverwaltung im engeren Sinne beleuchtet. Die Politik der Stadt insgesamt (mit ihrem INSEK und WISTEK sowie anderen Entwicklungskonzeptionen) ist nicht auf dem Prüfstand. Auf das laufende Haushaltsjahr hat die »Aufgabenkritik« noch keine Auswirkungen. Erst im Herbst wollen die Fraktionen Vorschläge unterbreiten.

Neue Fehlentscheidungen

Wer Handlungsbedarf erkennt, hat doch allen Grund, unverzüglich zu handeln und alle jetzt zu treffenden Entscheidungen unter Berücksichtigung neuer Erkenntnisse zu prüfen. Aber weit gefehlt. Zu den oben schon genannten jüngsten Fehlentscheidungen der Stadtentwicklung kommen weitere hinzu:

Das »Bürgerbildungszentrum« wurde auf den Weg gebracht und wird für zukünftige Verluste sorgen. Warum überläßt die Stadt die Entwicklung des Grundstücks nicht einem privaten Investor? Der fragwürdige Eichwerder Ring wird entgegen aller wirtschaftlichen Vernunft gebaut. Immobilien wurden unter Wert verkauft, wie die Turnhallen an der Fritz-Weineck-Straße und an der Potsdamer Allee (für den symbolischen 1 Euro). Das Grundstück der für 70.000 Euro abgerissenen Schule an der Fritz-Weineck-Straße wurde weit unter Preis für 175.000 Euro an den Landkreis verkauft und der Kaufpreis zugleich als Fördermittel zur Entwicklung des Gymnasiums gespendet. Wegen eines Fußgängerdurchganges von der Mikadobrücke zur Friedrich-Ebert-Straße wurde ein Grundstück für 72.000 Euro gekauft. In Finow will die Stadt eine neue Eigenheimsiedlung »Wohnpark Finow« entwickeln, was sie besser einem privaten Investor überlassen sollte.

Leider müssen sich die Bürger der Stadt auf weitere Fehlentscheidungen ihrer gewählten Vertreter und der Stadtoberen gefaßt machen. Noch geht es Eberswalde zu gut. Erst Haushaltssperren und Zahlungsunfähigkeit werden ein Umdenken bewirken. Bis dahin »schallen die rituellen Klagelieder durch das Land«, wonach die Stadt »unverschuldet ins Verderben gestürzt« wird, so wie anderswo auch in Eberswalde. Bezahlen wird am Ende aber immer der unschuldige Bürger.

»Ihrke muß die Zeit nutzen«

Seit es den Landkreis Barnim gibt, also seit 1994, heißt sein Landrat Bodo Ihrke. Ein Landrat wird für acht Jahre gewählt. Am 20. Januar 2010 war seine zweite Amtszeit abgelaufen. Eine denkbar knappe Mehrheit im Kreistag entschied, den Landrat von den Bürgerinnen und Bürgern direkt zu wählen.

Der weitere Gang der Dinge ist bekannt. Nach zwei Wahlgängen der Direktwahl, einer Ausschreibung und zwei Wahlgängen im Kreistag entschied schließlich das Los. Fortuna meinte es gut mit Herrn Ihrke. Aus dem Lostopf wurde der Umschlag mit seinem Namen gezogen. Diejenigen, die ihn gewählt hatten, waren begeistert. Herr Ihrke dämpfte jedoch die Begeisterung. Er nahm die Wahl zunächst nicht an. Er ließ sich einen Tag Zeit und entschied sich dann – für die Annahme.

Damit hat der Barnim nun seinen neuen, d.h. seinen alten Landrat wieder. Er ist nicht gewählt. Nicht gewählt von der Bevölkerung, nicht gewählt vom Kreistag. Das ist für ihn eine schallende Ohrfeige – so die Lokalpresse. Natürlich ist das auch eine Ohrfeige für seine Partei. Das empfand er wohl auch so und hatte nicht zuletzt deshalb Bedenkzeit genommen.

Sicher hat bei seinen Überlegungen auch der »deal« eine Rolle gespielt, der ihn einiges Ansehen gekostet hat. Postenschacher ist nur bei Beteiligten/Begünstigten beliebt. Wir erinnern uns: SPD und CDU hatten verabredet: Die CDU unterstützt den Landrat Ihrke (SPD), wenn er und seine Partei sich dafür einsetzen, daß die CDU den Posten des ersten Beigeordneten behält. Dieses Angebot nahen der Landrat und seine Partei an. Der Kandidat der CDU wurde – denkbar knapp – gewählt. Jetzt war die CDU in der Pflicht. Es kam zum Losentscheid und um Haaresbreite hätte die SPD als Verliererin des deals gestanden.

Nun hat Herr Ihrke zwar das Los angenommen, aber wie wird er mit diesem seinem Los umgehen? Er hat zwei Möglichkeiten. Weiter so wie bisher oder Neuanfang. Ein »weiter so« kann es nicht geben, dazu ist die Opposition zu stark und das Fahrwasser wird angesichts knapper Kassen auch immer unruhiger. Einen Neuanfang, neue Ideen, neue Konzepte, kluge Entscheidungen trauen ihm viele nicht zu. Trotzdem weiß er natürlich, daß er hier gefordert ist. Schließlich will er seine dritte Amtszeit sicher durchhalten. Es wird seine letzte sein. Wer ihm kennt, der weiß um seinen Ehrgeiz, ein guter Landrat sein zu wollen. Er hat nun die Chance neue Akzente zu setzen und notwendige Korrekturen auf den Weg zu bringen. Er sollte seine Zeit nutzen – für den Kreis, für seine Bürger und auch für sich. Alle Bewohner des Kreises müssen daran interessiert sein, einen guten Landrat zu haben und Herr Ihrke sollte alle seine Kraft einsetzen, die in ihn gesetzten Erwartungen zu erfüllen. Postenschacher gehört nicht zu den Erwartungen!

JOHANNES MADEJA,
Kreistagsabgeordneter BVB

Nicht weiter so!

Stellungnahme zum Haushaltsentwurf 2010 auf dem Kreistag am 21. und 27. April

Nach der Wahl des Landrates durch Losentscheid suchen die verschiedenen politischen Kräfte des Kreistages nach den Ursachen für das Desaster. Vor allem aber steht die Frage im Raum, wie es weiter gehen soll? Alle halten Veränderungen für erforderlich, aber noch zeichnen sich solche nicht ab.

Sie werden sagen: jetzt ist die Haushaltsdebatte dran und nicht die Landratswahl. Aber ist das eine vom anderen zu trennen? Anders als die meisten Kreistagsabgeordneten betrachte ich den Kreishaushalt nicht als Ergebnis rein sachlicher Abwägungen kommunaler Erfordernisse, sondern als **konzentrierten Ausdruck der politischen Willensbildung des Kreistages**.

Der These der Linken, in der Kommunalpolitik sei kein Platz für Politik, sondern Sacharbeit sei stattdessen geboten (»Barnimer Weg«), widerspreche ich. Alle Entscheidungen des Kreistages sind von den politischen Zielen der verschiedenen politischen Kräfte geprägt und damit politische Mehrheitsentscheidungen. Das gilt im besonderen auch für den Kreishaushalt. So gesehen ist der Entwurf des Kreishaushalts ein Haushalt des Landrates und seiner mit der CDU verbundenen SPD. Ein Entwurf, der in den Ausschüssen von allen Fraktionen mehr oder weniger kritiklos absegnet wurde. Weder in den Ausschüssen, noch in den heute vorliegenden Änderungsvorschlägen gab bzw. gibt es den Versuch, an diesem Haushalt grundsätzlich zu rütteln.

Der vorliegende Haushaltsentwurf ist folglich **der konzentrierte Ausdruck einer Weiter-so-Politik** im Landkreis. Die Zustimmung zu diesem Haushalt ist ein Vertrauensbeweis für die Arbeit des Landrates. Die Verwaltung wurde auch nicht müde, in der Haushaltsdebatte immer wieder zu erklären, daß der Landkreis Barnim der Musterknabe unter den Landkreisen in Brandenburg ist, der es besser als alle anderen verstehe, mit der vergleichsweise geringeren Finanzausstattung die Aufgaben solide zu lösen und den Kommunen mehr Leistungen zu bieten, als Ihnen mit der Kreisumlage abgenommen wird.

Warum also kein »Weiter so«, möchte man fragen? Änderungen wären unabhängig von der Arbeit des Landkreises und vom Willen der politischen Mehrheiten erforderlich, denn die Finanzausstattung durch das Land hat sich deutlich verschlechtert: weniger Schlüsselzuweisungen, Absenkungen der Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft, Kita-Mehrkosten usw. Aber dank vorhandener Reserven lautet die Devise der landratsgeführten Verwaltung: Ein Jahr halten wir noch durch, also bis dahin – »weiter so«. Danach muß uns dann etwas einfallen!

Wo blieb und bleibt der Aufschrei des politischen Raumes nach Änderung der Finanzpolitik oder gar nach personellen Änderungen?



Die Verwunderung über das fehlende Vertrauen gegenüber dem Landrat, der im Kreistag keine Mehrheit erreichte, ist allzu verständlich, denn die übergroße Mehrheit des Kreistages hat die Haushalts- und Finanzpolitik des Landrates als Kernstück kommunaler Politik stets mitgetragen. Der Landrat war durchaus nicht nur der Ausführende des politischen Willens des Kreistages, sondern in den besonders wichtigen Fragen auch der Initiator und Verfechter. Dafür können aus 20 Jahren Landrats-tätigkeit viele Beispiele genannt werden – angefangen mit dem wirtschaftsschädigenden Abriß des SZME, die teure Rettungsdienstfä-re, die fragwürdige Heilung des Zweckverbandes W/A, der geltungssüchtige Kreishaushaltsneubau auf dem Pavillonplatz, der rechtswidrige Rathausverkauf in Oderberg mit folgendem Zwangszusammenschluß im Amt Britz/Chorin, das unwirtschaftliche Barnim-Gymnasium Wandlitz, die Errichtung von bildungsfeindlichen Schulkombinaten usw. Warum also die Person des Landrates in Frage stellen, wenn seine Entscheidungen mitgetragen wurden?

Inhaltliche Fragen dürften es also kaum sein, eher wohl Fragen des Stils im Umgang mit der politischen Konkurrenz.

Wer heute die Forderung »nicht weiter so« stellt, der hat allen Grund, den vorgelegten Haushaltentwurf abzulehnen, mindestens aber maßgebliche Änderungen zu fordern. Solche Änderungen müssen sein:

- Maximale Schonung der kreislichen Reserven in Form der Rücklagen durch einen sofortigen Sparkurs.
- Minimierung der Kreisumlage, des größten Postens in den Kommunalhaushalten.
- Alle laufenden und geplanten Projekte gehören auf den Prüfstand mit dem Ziel eines möglichen Stops oder wenigstens mit der Minimierung der Aufwendungen.

ALBRECHT TRILLER, KT-Fraktion Grüne/
Bündnis für ein demokratisches Eberswalde

Kleine Antwort zur Ortsumgehung B167neu

Die B167neu soll als Teil des sogenannten »Blauen Netzes«, einem Schnellstraßennetz mit autobahnähnlichem Ausbauzustand, realisiert werden. Für die beiden Bauabschnitte zwischen der L200 und Bad Freienwalde sind die Raumordnungsverfahren mittlerweile abgeschlossen. In den Regionen bestehen erhebliche Zweifel am Bedarf dieses Straßenprojektes an sich und an der Sinnhaftigkeit der momentan vorliegenden Planungen. Dies nahm der bündnisgrüne Landtagsabgeordnete aus Eberswalde Axel Vogel zum Anlaß für eine Kleine Anfrage an die Landesregierung.

Potsdam/Finowfurt/Eberswalde (bbp). Das Landesamt für Bauen und Verkehr gehe in seinem 2008 vorgelegten Gutachten für den demografischen Wandel im Land Brandenburg von einem Bevölkerungsrückgang zwischen 20,6 und 29,7 % bis zum Jahr 2030 für die Gemeinden und Regionen, die durch die B167neu erschlossen werden sollen, aus. Daraus resultiere, so Vogel, eine Abnahme der Verkehrsbelastung in diesen Regionen, die den Bedarf der Planungen in Frage stellt. Weiterhin würden sich die vorliegenden Planungen als ungeeignet erweisen, um die Verkehrsprobleme vor Ort zu lösen. Die im ersten Bauabschnitt der B167neu vorgesehene nach Norden verschobene Autobahnanbindung an die A11 würde die Fahrzeit in die Hauptverkehrsrichtung nach Süden in Richtung Berlin für den größten Teil der Betroffenen im Vergleich zur Nullvariante erheblich verlängern. Für den zweiten Bauabschnitt wurde, um Konflikte mit dem Natur- und Landschaftsschutz teilweise zu umgehen, eine 21,6 km lange Trasse geplant, die einen erheblichen Umweg bedeutet. Der im Jahr 2007 für die Stadt Eberswalde erstellte Verkehrsentwicklungsplan kommt auf der Grundlage einer großflächig durchgeführten Verkehrszählung zu dem Ergebnis, daß es sich sowohl für den Schwer- als auch für den Gesamtverkehr hauptsächlich um gebietsbezogenen Quell-, Ziel-, und Binnenverkehr und nur zu geringen Anteilen um Durchgangsverkehr handelt. Da die wenigen vorgesehenen Anschlußstellen weit vom Siedlungsraum Eberswalde/Finow entfernt an strategisch ungünstigen Positionen liegen, wird die B167neu nicht dazu beitragen können, diese erheblichen innerstädtischen Verkehrsprobleme zu lösen.

Gegenwärtig ist für den ersten Bauabschnitt der straßenbautechnische Entwurf einschließlich landschaftspflegerischem Begleitplan (RE-Vorentwurf) aufgestellt worden, informierte namens der Landesregierung der Minister für Infrastruktur und Landwirtschaft. Dieser Vorentwurf befinde sich derzeit in der verwaltungsinternen Prüf- und Genehmigungsphase. »Auf der Grundlage der Genehmigung durch das Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft (MIL) und des Gesehenvermerkes des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) werden dann die Planfeststellungsunterlagen erarbeitet.« Für den zweiten Bauabschnitt sei im Jahr 2010 die Linienbestimmung vorgesehen.

Bisher sind Planungskosten in Höhe von ca. 2.343.000 Euro für den ersten und ca. 754.000 Euro für den zweiten Bauabschnitt entstanden,

die vom Land Brandenburg getragen werden. Der Bau des ersten Abschnitts wird voraussichtlich 51,3 Millionen Euro kosten. Davon trägt der Bund 49,24 Millionen Euro. Von den verbleibenden Kosten trägt das Land 760.000 Euro, der Landkreis Barnim 570.000 Euro, die Gemeinde Schorfheide 580.000 Euro und die Stadt Eberswalde 150.000 Euro. Die voraussichtlichen Baukosten des zweiten Bauabschnittes betragen 38,19 Millionen Euro. Eine Aufteilung auf mögliche Beteiligte erfolgt erst in einer späteren Planungsphase.

Grundlage für die Bedarfsplanungen war eine verkehrswirtschaftliche Untersuchung des Bundes im Jahre 2003. Diese weist für den gesamten Streckenzug des »Blauen Netzes« ein Nutzen-Kosten-Verhältnis von 11,8 aus. Für den Abschnitt von Finowfurt bis Bad Freienwalde wurde 2005 ein separates Nutzen-Kosten-Verhältnis von 3,7 ermittelt. Weitere Einzelbeurteilungen für bestimmte Teilabschnitte des gesamten Streckenzuges erfolgten nicht. Grundsätzlich erfolge die verkehrswirtschaftliche Bewertung von Projekten indem der von dem Projekt ausgehende Nutzen berechnet und den jeweiligen Kosten gegenübergestellt werden. Hierbei werde das aktualisierte Verfahren der gesamtwirtschaftlichen Bewertung von Straßenprojekten der Bundesverkehrswegeplanung (BVWP) 2003 angewendet. »Der verkehrswirtschaftliche Nutzen wird ermittelt, indem die einzelnen Veränderungen im Verkehrsmengengerüst und die daraus resultierenden Zustandsänderungen (durch Vergleich des Ohne- und Mit-Falls) zusammengefaßt und monetarisiert werden.«

Die Frage Axel Vogels nach den zusätzlichen jährlichen Kosten, die dem Land Brandenburg, den betroffenen Landkreisen und Kommunen entstehen, wenn die Straßenbaulast der jetzigen B167 durch Herabstufung zu Landes-, Kreis-, oder Gemeindestraßen auf sie übergeht, konnte der Minister nicht beantworten. Konkrete Aussagen dazu seien abhängig von verschiedenen Faktoren, wie dem Zeitpunkt der Verkehrsfreigabe und dem baulichen Zustand der zu übergebenden Straßen. Die Straßenbauverwaltung werde ihren Pflichten zur Unterhaltung der Straßen bis zum Zeitpunkt der Übergabe erfüllen. Ein möglicher Rückbau der B167 alt gehöre nicht zu den Pflichten des alten Baulastträgers.

Die Ergebnisse der Verkehrszählung in Eberswalde von 2006 wurde nach Aussage des Ministers bei den Planungen nicht berücksichtigt. Dabei handele es sich um »eine kleinräumige, lokale Verkehrsprognose speziell zur Abbildung

der innerstädtischen Verkehrsverhältnisse und Entwicklungsziele«, die »keine geeignete Planungsgrundlage für die OU im Zuge der B 167« sei. Für Neu- und Ausbaumaßnahmen würden »grundsätzlich perspektivische Verkehrsdaten« zugrunde gelegt. Für die Planung B 167 OU werde eine mit dem Bund abgestimmte Prognose angewendet. Sie berücksichtige die Verkehrsentwicklung bis zum Jahre 2025 auf der Basis aktueller Strukturdaten des Landes Brandenburg.

Statt vorhandene Straßen zu nutzen wurden für den gesamten Planungsbereich Neutrassierungen geplant. Der Minister geht in seiner Antwort darauf nicht weiter ein und stellt lediglich fest, daß »die Trasse unter Abwägung mehrerer Bewertungskriterien herausgearbeitet« und dabei »der Grundsatz der Trassenbündelung (Parallellage zur Havel-Oder-Wasserstraße)« berücksichtigt worden sei.

Mit dem Bau der Umgehungsstraße ist allein im ersten Bauabschnitt ein Flächenverbrauch von 87,7 ha verbunden. Davon müssen 68,3 ha neu erworben werden. Die Versiegelungsfläche beträgt 26,92 ha. Im zweiten Bauabschnitt werden voraussichtlich 22,7 ha versiegelt.

Aussagen zum zusätzlichen CO₂-Ausstoß infolge der Streckenverlängerungen konnte der Minister nicht treffen. Grundsätzlich sei der Schadstoffausstoß auf Ortsumgehungen geringer als in Ortsdurchfahrten. Berechnungen liegen aber nicht vor. »Eine konkrete CO₂-Bilanz ist keine Planungsanforderung«, so der Minister in seiner Antwort.

Im elften und letzten Teil der Kleinen Anfrage ging es Axel Vogel um die geplanten Ausgleichsmaßnahmen. Im Rahmen Entwurfsplanung für den ersten Bauabschnitt wurde auch ein Landschaftspflegerischer Begleitplan (LBP) aufgestellt, heißt es in der Antwort. »In diesem wird vollumfänglich die Kompensation von Eingriffen in Natur und Landschaft durch geeignete Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen geregelt. Es werden schutzgutbezogene Maßnahmen vorgesehen. Diese sind sehr umfangreich und können hier nicht im Einzelnen aufgeführt werden.« Der LBP werde als Teil der Planfeststellungsunterlagen im Verfahren öffentlich ausliegen. Für den zweiten Abschnitt von Eberswalde bis Bad Freienwalde liegen beim derzeitigen Planungsstand noch keine Bilanzierungen vor. Die Umweltverträglichkeitsstudie, welche Teil der Raumordnungsunterlagen war, enthält keine detaillierten Aussagen zur Kompensation der zu erwartenden Eingriffe in Natur und Landschaft. Dies sei erst Bestandteil der im nächsten Planungsschritt folgenden landschaftspflegerischen Begleitplanung.

»Hydrantenhaft Powerpointpräsentationen erstellt«

von Susanne Stumpfenhusen

Wir erleben in unserem Land gerade die schwerste Wirtschaftskrise seit dem Ende des 2. Weltkrieges. Vor zehn Jahren, in der letzten Wirtschaftskrise, war das Hohelied von Arbeitgebern, Wissenschaftlern, Politikern, Journalisten: »Alles ist sozial, was Arbeit schafft!« Hauptsache Arbeit – das war das Motto – um die 400-Euro-Jobs zur Regulararbeit zu machen, Vollzeitarbeit in Teilzeit umzuwandeln. Heute arbeiten fast 7 Mio Menschen für 400 Euro. Zwei Drittel davon müssen damit ihren Lebensunterhalt bestreiten – mit der Perspektive, auch im Alter trotz jahre- und jahrzehntelanger Arbeit arm zu bleiben.

Hauptsache Arbeit – mit diesem Motto wurde Leiharbeit so weit dereguliert, daß der Handel mit Menschen aufgeblüht ist: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit? Fehlanzeige! Gleiche Arbeitsbedingungen? Fehlanzeige! Ein Drittel aller Leiharbeiter sind für weniger als 3 Monate beschäftigt. Nirgendwo wurde das Prinzip des Heuerns und Feuerns so konsequent zugelassen wie in der Leiharbeit. Wir Gewerkschaften wollen keine Arbeitnehmer 1. und 2. Klasse! Gleicher Lohn für gleiche Arbeit, gleiche Arbeitsbedingungen UND ein wirksamer Kündigungsschutz muß auch für die Leiharbeit gelten! Wir streiten für eine gerechte Verteilung der Arbeitszeiten, für Vereinbarkeit von Familie und Beruf, für Zeit für die Bildung und für mehr Zeit, das zu tun was man will. Das ist ein Kampf um Zeit für ein selbstbestimmtes Leben. Guter Lohn für gute Arbeit – ein Lohn, der für ein gutes Leben reicht! Arbeit darf nicht arm machen und es ist skandalös, daß 2 Mio Menschen für einen Hungerlohn von unter 5 Euro arbeiten müssen... Wir brauchen den gesetzlichen Mindestlohn, wir brauchen eine Re-Regulierung der Arbeitsverhältnisse. Jedes Arbeitsverhältnis muß sozialversichert sein, das »Normalarbeitsverhältnis« muß wieder die Regel werden. Mini-Jobs kann man in sozialversicherte Teilzeit umwandeln, Befristungen auf ein Mindestmaß beschränken, Selbständigkeit besser sozial absichern. 8.000 Stellen im Öffentlichen Beschäftigungssektor (ÖBS) dürfen nicht zur Kompensation von haushaltsbedingten Personalkürzungen herhalten! Wenn alles als »zusätzlich« gilt, was gerade als Regulararbeit abgeschafft wurde, ist das ein Mißbrauch dieses Instruments.

Die Rahmenbedingungen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer werden in den nächsten Jahren nicht besser werden. Das deutsche Steuerrecht ist inzwischen so gestrickt, daß es für mittlere und obere Einkommen, aber auch für Unternehmen immer einfacher geworden ist, Steuern zu sparen. Aus dem Versprechen, die Steuererklärung solle »auf einen Bierdeckel passen«, ist eine Steuerersparnis für Arbeitnehmer geworden, die gerade mal für das Bier auf dem Deckel reicht. Und das soll ja

noch weitergehen. 16 Mrd. »Steuerentlastung« sind eben auch 16 Mrd. weniger Steuereinnahmen, das sind 2,4 Mrd. weniger für die Kommunen, das entspricht 240.000 Kita-Plätzen, den Ländern drohen Einnahmeausfälle von 6,8 Mrd., das sind 112.000 Stellen für Lehrerinnen und Lehrer. Bildung? Nahverkehr? Kultur? Wohnungsbau? Kinder- und Jugendarbeit? Krankenhäuser? Lebenswerte Städte und Gemeinden? Wer als vermeintlich entlasteter Steuerzahler glücklich seine 100 oder 200 Euro Steuerersparnis auf dem Konto hat, kann sie gleich wieder abheben für Gebühren, Abgaben, Fahrpreise. Deshalb ist die Weiterführung des Brandenburger Mobilitätstickets über den 31.10. hinaus dringend erforderlich!

Hier in Eberswalde hat es im letzten Herbst keinen bemerkenswerten Versuch gegeben, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einzuschüchtern und unter Druck zu setzen. Mit einem Tarifvertrag zur sozialen Absicherung hatte die Stadtverwaltung 5 Jahre Zeit, den noch aus Zeiten vor 1990 bestehenden Personalüberhang sozialverträglich abzubauen. Diese Chance wurde nicht genutzt, 60 % der Rathausbeschäftigten haben zwar durch Arbeitszeitverkürzung und Lohnverzicht 6 Mio Einsparungen für die Stadt erbracht, es war und ist aber für ver.di überhaupt nicht einzusehen, daß dieser Verzicht fortgesetzt werden muß, wenn die Stadtverwaltung selbst ihre Hausaufgaben nicht gemacht hat. An Stelle eines Konsolidierungskonzepts hat der Beigeordnete Gatzlaff hydrantenhaft Powerpointpräsentationen erstellt, die alle auf den dauerhaften »freiwilligen« Verzicht der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter setzten. Mit der fortgesetzten Androhung betriebsbedingter Kündigungen hat er die Beschäftigten leider erfolgreich zum weiteren Verzicht genötigt. Diese angeblich dringende Notwendigkeit zur Bescheidenheit gilt aber offensichtlich nicht für die Verwaltungsspitze, Landrat, Bürgermeister und Beigeordnete können nämlich großzügige Gehaltszuwächse verbuchen. Privatisierungs- und Schließungsandrohungen gehörten zum Repertoire, ebenso wie Ankündigungen, die Übernahme von Auszubildenden auszusetzen. Letztlich wurde versucht, der Gewerkschaft ver.di die »Schuld« für die angedrohten Kündigungen in die Schuhe zu schieben. Kein Ruhmesblatt für die Verwaltung! Ebenso wenig wie die mehr als 300 Ein-Euro-Jobs, mit denen allenfalls die Statistik geschönt werden soll, die den 15,4 % Erwerbslosen in Eberswalde aber auch keine Perspektive für ein auskömmliches Leben bieten.

Auf die Kommunen kommen harte Zeiten zu – wegen der Steuerpolitik der schwarz-gelben Bundesregierung – aber diese Probleme werden nicht gelöst, wenn man sie auf dem Rücken der Beschäftigten austrägt! Das ist der falsche Weg und er ist auch nicht fair, nicht gegenüber den



In ihrer Rede auf der 1.-Mai-Kundgebung auf dem Marktplatz in Eberswalde kritisierte die ver.di-Landesbezirksleiterin Susanne Stumpfenhusen auch die Nötigung zu Gehaltsverzicht bei Stadtverwaltungsmitarbeitern.

Beschäftigten und auch nicht gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern, die gute Leistungen von motivierten Beschäftigten erwarten.

Vier dicke Baustellen haben wir vor uns: Kopfpauschale und 2 (oder 3)- Klassenmedizin: Gerecht ist, wenn ALLE nach ihren Einkommen aus Arbeit, Vermögen, Kapital in einer solidarischen Bürgerversicherung sich die Kosten des Gesundheitswesens solidarisch teilen! Gemeindefinanzen: Die Abschaffung der Gewerbesteuer bringt die Kommunen an den Rand des Ruins – zu Lasten der öffentlichen Daseinsvorsorge. Immer noch gilt: einen armen Staat können sich nur die Reichen leisten – wer den Benz vor und den Swimmingpool hinter dem eigenen Haus hat, der braucht keinen Öffentlichen Personennahverkehr und kein öffentliches Schwimmbad. Steuergeschenke an Unternehmen und gleichzeitige Verzichtsfordernungen an abhängig Beschäftigte sind definitiv der falsche Weg! Rente mit 67: Weshalb ausgerechnet in der Krise ältere Menschen länger arbeiten sollen, während immer mehr junge, aber auch ältere Menschen vergeblich nach Arbeit suchen – das hat mir noch niemand erklären können. Rente mit 67 bedeutet für viele Menschen Altersarmut, verbaut Generationengerechtigkeit und verlängert die Arbeitslosigkeit.

Der 1. Mai ist der Tag der Menschen, die Arbeit leisten und der Tag der Menschen, die Arbeit suchen. Der 1. Mai ist auch der Tag derjenigen, die nach einem langen Arbeitsleben im Ruhestand nicht arm sein wollen und derjenigen, die gute Bildung, Ausbildung und Übernahme benötigen. Es ist der Tag der Frauen, die gleichen Lohn und gleiche Chancen einfordern und der Menschen, die in unser Land eingewandert sind und faire Chancen brauchen. Leider ist es inzwischen auch der Tag, an dem wieder Rechtsradikale zahlreiche Aufmärsche angekündigt haben. Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg, der 1. Mai bleibt nazifrei in Brandenburg und in Berlin! Laßt uns gemeinsam streiten für gute Arbeit, für gerechte Löhne, für einen starken Sozialstaat. Für eine solidarische Gesellschaft, für ein menschenwürdiges Leben, am 1. Mai und an jedem anderen Tag!

Spekulieren mit Sinn und Verstand?

»Sparkasse Barnim eröffnet Planspiel Börse«, war im vergangenen Herbst in der lokalen Tageszeitung zu lesen. Ziel dieses Spieles ist es angeblich, Schülern von Gymnasien, Oberschulen und Oberstufenzentren die »Funktionsweise der Wirtschaft« näher zu bringen. Die jungen Leute sollen innerhalb von zehn Wochen an der Börse einen möglichst hohen Gewinn erzielen. Zehn Wochen am PC Wertpapiere hin und her schieben und Gewinn machen. Ja, so vermittelt man jungen Menschen ein tiefes Verständnis für wirtschaftliche und finanzielle Zusammenhänge. Ich glaube eher, daß so die Spieler rekrutiert werden sollen, welche die nächste Krise fabrizieren.

»Verantwortlich mit Geld umgehen«, das soll mit diesem »Planspiel Börse« gelernt werden. Darum ist es auch nur »virtuelles Startkapital«, welches den zukünftigen George Soros bereitgestellt wird. In der Realität ist es ja meist auch nicht das eigene Geld, das an den

Finanzmärkten verzoxt wird. Verantwortung lernen sieht anders aus.

Ich würde dem ehrenwerten Sparkassenchef Josef Keil empfehlen, beim nächsten Mal ein Planspiel »Regionale Wirtschaft« durchzuführen. Er sollte den jungen Leuten reale 5 Millionen Euro aus den Mitteln der Sparkasse zum Investieren in regionale Unternehmen ge-

Ein Reim auf die Krise

Wenn nicht mehr konsumiert, was produziert, ist die Krise programmiert.

Dann wird spekuliert, statt investiert und die Wirtschaft ruiniert.

ben. Diese Mittel müßten für Kredite mit einer Laufzeit von zehn Jahren verwendet werden. Und die erwirtschafteten Zinsen müßten je zur Hälfte den teilnehmenden Schulen und den in den Unternehmen beschäftigten Arbeitern zugute kommen. Es ist nur eine Vermutung – aber ich glaube, unter diesen Voraussetzungen

hätten die Sparkasse und ihr Chef ein nachvollziehbares Interesse, den Schülern ein umfangreiches Wissen über wirtschaftliche und finanzielle Themen mit auf den Weg zu geben.

ANDY LOSCH

Buchlesung mit Dr. Rainer Thiel

Allmähliche Revolution – Tabu der Linken.

Zwei Arten Abstand vom Volk: Warten auf Wunder Gebt eure Stimmen bei uns ab!

26. Mai (Mittwoch nach Pfingsten), 18 Uhr, Fritz-Teppich-Verein und Norbert-Fiebelkorn-Stiftung Potsdam, Hessestraße 19 (Nauener Vorstadt).

Thiel beginnt mit Marx und spannt den Bogen bis hin zum Programmentwurf der Linkspartei. Was ist nun mit linker Strategie? Also von Karl Marx zur Gegenwart! Wie kommen wir in Gang?

Der neue Landrat ein Peter

Erst nach der fünften Aktion, dem Losentscheid, gab es bei der Landratswahl im Barnim einen Gewinner. In der lokalen Tageszeitung war von einem »Lustopfentscheid« zu lesen, was man nicht nachvollziehen kann, weil, wie die Erfahrung lehrt, ein Lustopf im wesentlichen aus Nieten besteht.

Der Ausgeloste nahm die Wahl nicht an, er erbat sich Bedenkzeit. Man sollte sich daran erinnern, daß Ihrke bei der letzten Kommunalwahl auch in den Kreistag gewählt wurde, er die Wahl aber nicht annahm.

Bezüglich der Landratswahl im Barnim galt Murphys Gesetz: »Alles, was schief gehen kann, geht schief.« Dabei ist zu beachten, daß es praktische Erfahrungen bei nicht häufig vorkommenden Ereignissen beschreibt. Bei Massenercheinungen ist die Statistik zuständig.

Bemerkenswert ist jedoch, daß dort, wo Murphys Gesetz zur Anwendung kommt, oft noch allgemeinere Gesetze zu finden sind, wie z.B. das von dem kanadischen Universitätsprofessor Lawrence J. Peter, im Jahre 1960 formulierte Peter-Prinzip.

Worum geht es dabei? Jeder von uns hat schon einmal Erfahrungen mit der Unfähigkeit im gesellschaftlichen Leben gemacht. Diese Unfähigkeit tritt in allen Bereichen der Gesellschaft auf. Man denke dabei an Bäckerbrötchen, die nicht verkauft werden können, weil

durch einen Stromausfall und den damit verbundenen Ausfall des Computers die Kasse nicht funktioniert, oder man denke an bürokratische Schwierigkeiten beim Bezahlen der Hundesteuer. Auch auf höheren Leitungsebenen begegnet uns die Unfähigkeit. Beispiele dafür, die Pannenserie beim Einführen der LKW-Maut, das Problem mit fehlerhaften Geldkarten, die das Jahr 2010 nicht lesen konnten, oder die jüngsten Fehlleistungen überbezahlter Finanzpolitiker, die trotz umfangreicher Gesetze und angeblicher Kontrollmechanismen die gesamte Euro-Währung in letzter Minute vor dem totalen Zusammenbruch retten mußten. Lawrence J. Peter hat nun viele Jahre dem Studium der Unfähigkeit gewidmet, und gelangte zu der Erkenntnis, daß in einer hierarchisch strukturierten Gesellschaft die Unfähigkeit eine Systemeigenschaft darstellt.

Seine Schlußfolgerung wurde durch das Peter-Prinzip ausgedrückt, welches besagt: »In einer Hierarchie neigt jeder Beschäftigte dazu, bis zu seiner Stufe der Unfähigkeit aufzusteigen.« Der jetzt ernannte Landrat saß bereits 19 Jahre auf seinem Posten, ein Pattex-Politiker sozusagen. (Hiermit soll aber kein product placement für einen Klebstoff gemeint sein.) Aber damit hat der Landkreis Barnim nun einen Peter Ihrke.

U. MÜLLER

Noch mehr Ökovandalismus

Finowfurt (bbp). Unter der Überschrift »Kahl-schlag am Rolfeld« hatte am 12. Mai die lokale Tageszeitung über großflächige Baumfällaktionen in der Vegetationsperiode auf dem Flugplatzgelände nördlich des Towers informiert. Auf einen »neuen Kahlschlag westlich des Flugplatzes zwischen Flugplatz und Autobahn« machte jetzt der Barnim-Blog (www.bar-blog.de) aufmerksam. »Auf mindestens 3 Hektar liegen Reste der illegalen Aktion kreuz und quer auf dem von den Maschinen zerfuchten Sandboden«, schreibt Bar-Blog-Autor Hartmut Ginnow-Merkert. Er kritisiert, daß die Untere Naturschutzbehörde indirekt schon eine nachträgliche Genehmigung angekündigt habe.

Die rechtswidrigen Rodungen können laut Brandenburger Baumschutzverordnung mit »bis zu 10.000 Euro« bestraft werden. Verschärfender Umstand ist die Tatsache, daß die Fällungen während der Brutzeit der Vögel stattfanden. Die Rodungen werden im Zusammenhang mit dem Bau weiteren Solaranlagen auf dem Flugplatzgelände gesehen.

Nichts als Mutmaßungen

Aus den Äußerungen der beiden Herren Pampel und Gröger in ihren Leserbriefen in der lokalen Tageszeitung (MOZ, 26.04.2010) läßt sich entnehmen, daß beide dem alten und neuen Landrat Ihrke sehr wohlgesonnen sind. Dadurch ist den beiden beim Auswahlverfahren leider etwas entgangen: Es haben sich eine ganze Anzahl an Personen für die Stelle des Landrates im Landkreis Barnim beworben. Die Entscheidungsfindung über die Auswahl lag nicht bei Frau Mächtig, sondern beim Kreis-ausschuß. Sechs Bewerber kamen in die nähere Auswahl. Darunter war auch das weiße Kaninchen, wie es Herr Pampel bezeichnet. Ich bin nicht der Ansicht, daß die Kreistagsabgeordneten ein Tier als Landrat gewählt hätten.

Für mich gab und gibt es mindestens dreizehn Gründe warum Herr Ihrke nicht als Landrat bei uns »regieren« sollte. Aber die beiden zielten sicherlich auf einen anderen Punkt ab. Sie zimmerten sich ein Szenario zusammen, was da heißen könnte »Blockade der Linken gegen Herrn Ihrke«. Doch da unterliegen beide einem gewaltigen Irrtum, denn es gibt sechsundfünfzig Kreistagsabgeordnete, von denen sechzehn der Fraktion DIE LINKE angehören. Es waren aber achtundzwanzig Abgeordnete die im zweiten Wahlgang gegen Herrn Ihrke gestimmt haben. Da es eine geheime Wahl war, kann man nur mutmaßen, wer gegen ihn gestimmt hat.

Für Herrn Gröger habe ich noch ein besonderes Wort. Als Verdi-Landesbezirksfachbereichsleiter Verkehr sollte er sich lieber um seine Mitglieder kümmern, als zu spekulieren. Das wäre für mich schon ein Grund nicht Gewerkschaftsmitglied bei Verdi zu werden.

HANS-JÜRGEN MÜLLER

Kurt und Erna Kretschmann – Nestoren des Natur- und Umweltschutzes (Teil 2)

Erste Erfolge der Öffentlichkeitsarbeit

von Rudolf Behm

Naturzerstörung und Umweltbelastung haben erschreckende Ausmaße erreicht. Mit seiner Geldgier und dem Machtstreben kann der Mensch heute in Jahrzehnten das zerstören, was auf unserem Planeten in erdgeschichtlichen Zeiträumen entstanden ist. Die Folgen sind unabsehbar und stellen das Überleben der Menschheit durchaus in Frage. In dieser Situation bedarf es Persönlichkeiten, die mit Erfahrung, Mut, Beharrlichkeit und Diplomatie gegensteuern, sowie Mitstreitern Hoffnungsträger und Vorbild sind. Auf globaler wie auf lokaler Ebene.

1949 übernahm Kurt Kretschmann die ehrenamtliche Funktion des Kreisbeauftragten für Naturschutz im Kreis Oberbarnim. Tag um Tag war er mit dem Fahrrad unterwegs, sammelte Erfahrungen, gewann zahlreiche Helfer, verhinderte mit seinen Einsprüchen in monatlichen Berichten die Abholzung von Alleen, die Anlage illegaler Müllplätze und anderes mehr. Mit seiner Frau Erna, damals als Kreisrätin für Volksbildung tätig, wurde eine große Naturschutzausstellung geschaffen. Zunächst im Freienwalder Schloß gezeigt, gelangte sie als Wanderausstellung in mehrere Kreisstädte des Landes. Trotz der enormen Not der damaligen Zeit und des Mangels an Nahrung, Kleidung, Heizung, Wohnung als Folge des zweiten Weltkrieges fanden die Ausstellungen große Resonanz und erreichten hohe Besucherzahlen.

1951 wurde Kurt Landesbeauftragter für Naturschutz in Potsdam. Im selben Jahr gab er die Anfertigung von 5.000 Holztafeln mit dem Naturschutzsymbol, der schwarzen Eule auf gelbem Grund, in Olbernhau im Erzgebirge in Auftrag. Von nun an konnten damit Natur- und Landschaftsschutzgebiete, Naturdenkmale, Alleen und andere Objekte gekennzeichnet werden. Das war sehr arbeitsaufwendig, doch die Aktionen verliefen in der Regel unbürokratischer, als man sich das heutzutage vorstellt. Immerhin wurden in der DDR über 900 Naturschutzgebiete, etwa 30.000 Naturdenkmale und zahlreiche Landschaftsschutzgebiete ausgewiesen. Die Eule wurde schnell populär und jedes Kind in der DDR wußte, was dieses Zeichen bedeutete. Auf Beschluß der Landesumweltminister wurde das Eulensymbol 1996 für Gesamtdeutschland als verbindlich erklärt und löste das Seeadlerzeichen ab. Lange zuvor war Kurt Kretschmann originär als »Eulenvater« bekannt, später kam der Beinamen »Storchenvater« hinzu und jüngere Naturfreunde nennen ihn noch heute »Mulchgartenpapst«.

1952 folgte eine Berufung an die Deutsche Akademie der Landwirtschaftswissenschaften zu Berlin. Als Referent für Naturschutz bearbeitete er gemeinsam mit Wissenschaftlern den Entwurf eines Naturschutzgesetzes, welches im August 1954 von der Volkskammer der DDR verabschiedet wurde. In dieser Zeit entstand als erster Lehrpfad der Fontane-Naturlehrpfad. Als 19. und letzten Pfad legte Kurt mit Unterstützung der PDS im Jahr 1993 den Dr. Max-Kienitz-Naturlehrpfad in Bad Freienwalde an.

Ab 1954 leisteten Kurt und Erna Kretschmann am Ostufer der Müritz einzigartige Pio-



»... und bald rauschen die Kraniche über uns hinweg«. Die Lehrstätte Müritzhof, gelegen im Vogelparadies am Ostufer der Müritz, war seinerzeit einzigartig in der Welt.

nierarbeit für den Naturschutz. In diesem von Mensch und Technik noch wenig berührten Naturparadies waren viele seltene und bedrohte Tier- und Pflanzenarten anzutreffen. Bis zu 240 Vogelarten sind dort gezählt worden. Seeadler, Fischadler, Kranich und Schwarzstorch hatten hier ihre Brutgebiete. Der Brodowiner Schriftsteller Reimar Gilsenbach schildert das Erleben eines Oktobertages 1951 im Müritzgebiet so: »Mit Kurt Kretschmann sitze ich am Waldrand. Wir schauen zum Rederangsee hinüber. Zwischen Waldsaum und See liegen offene Viehweiden. Die Dämmerung bricht herein. Bald hören wir die ersten Kraniche rufen. Sie rauschen über uns hinweg und fallen am sumpfigen Ufer des Rederang ein. Nun naht Flug um Flug, trompetendes Rufen und Sichbegrüßen – Tausende von Kraniche versammeln sich zur nächtlichen Rast«.

Da nimmt es nicht Wunder, wenn sich die Kretschmanns dieses Gebietes annahmen, um dort die Zentrale Lehrstätte für den Naturschutz aufzubauen. Als Gelände wurde ihnen ein großer Bauernhof mit Gebäude kostenlos zur Nutzung übergeben. Geldmittel waren für das Projekt aber nicht vorhanden. Kurt fand jedoch rasch eine Lösung und sammelte für die

Lehrstätte in der Akademie zu Berlin. Nachdem der Präsident, Prof. Dr. Stubbe, als erster einen größeren Betrag gespendet hatte, klopfte er an die Türen weiterer Akademiemitglieder und bekam so ca. 6000 Mark zusammen. Für damalige Verhältnisse ein beachtlicher Betrag. Nun konnten unter schwierigsten Bedingungen – es gab keinen Strom, kein Leitungswasser, kein Telefon – Ausbau und Anschaffungen beginnen.

Im Herbst 1954 startete dann der erste Lehrgang. Die Kretschmanns lehrten dort »praktischen Naturschutz« und haben die Vorzüge des mit 5.000 ha größten Naturschutzgebietes der DDR klug genutzt, um den Teilnehmern Liebe und Achtung der Natur vorzuleben. Allein bis 1960 sind mehr als tausend haupt- und ehrenamtliche Naturschutzverantwortliche ausgebildet worden. Von dieser Warte aus wandten sich Kretschmanns auch energisch gegen Uferbebauungen jeglicher Art. Die Uferpartien sollten der Allgemeinheit vorbehalten bleiben.

Der vierteilige Artikel von Rudolf Behm, Freund und Mitstreiter der Kretschmanns, basiert auf einem Beitrag, den er für eine Veröffentlichung anlässlich des aktuellen Jubiläums des Naturschutzbundes Deutschlands (NABU) geschrieben hat. Teil 3 folgt in der BBP 7/2010.

Schnupperstudium im Grünen

Am 5. Juni öffnet die Hochschule für nachhaltige Entwicklung Eberswalde (FH) ihre Pforten zum Tag der offenen Tür. Lehrkräfte und Studierende präsentieren die 16 Studiengänge für alle Interessierten. Alle drei Hochschulstandorte bieten ein buntes und informatives Programm an. Experten öffnen ihre Labore und Werkstätten für die Öffentlichkeit und zahlreiche Initiativen informieren

an diesem Tag über studentenrelevante Themen. Der Tag der offenen Tür geht um 16 Uhr nahtlos in das von der Studierendenvertretung organisierte Campusfest über. Auch das Straßenkulturfest (FinE) lädt am gleichen Tag in die Eberswalder Altstadt ein.

Parallel vom 4. - 6. Juni ein Treffen der Hochschulabsolvent/innen statt.

Dr. GABRIELE MITTAG

Netzkongreß der Deutschen Umwelthilfe am 6. und 7. Mai 2010:

Nomen est omen

Von der Vattenfall Europe Transmission GmbH zur 50 Hertz Transmission GmbH

Im Zuge des Netzverkaufs hat Vattenfall seine Tochtergesellschaft für den Netzbetrieb umbenannt. Aus der Vattenfall Europe Transmission GmbH wurde die 50 Hertz Transmission GmbH. Die Namensfindung war sicher nicht einfach und wahrscheinlich hat ein PR-Büro ganz gut dabei verdient, aber dieser Name ist nicht als PR-Gag zu verstehen, sondern hat programmatische Bedeutung.

Das wurde auf dem Netzkongreß der Deutschen Umwelthilfe (DUH) in Berlin am 6. und 7. Mai deutlich, als der Managing Director von 50 Hertz Transmission Neldner mit seinem Vortrag »Herausforderung für die Netze durch Erneuerbare Energien« die Programmatik der umbenannten und inzwischen an einen belgischen Netzbetreiber und einen australischen Pensionsfond verkauften Vattenfalltochter darlegte.

50 Hertz steht für die tradierte Wechselstromfrequenz der Stromnetze auf allen Ebenen, an der die Firma festhalten will, obwohl diese Technologie vor allem im Höchstspannungsbereich mit der Ausbildung extrem starker elektromagnetischer Wechselfelder und großen Transportverlusten verbunden ist, die dringend neue technische Lösungen erfordern.

Auf dem Netzkongreß der DUH wurden auf der Grundlage eines Vortrags von Prof. I. Erlich (Uni Duisburg-Essen) über das »Höchstspannungsnetz der Zukunft« Alternativen zur 50 Hertz-Frequenz im Stromnetz diskutiert. Professor Erlich favorisiert für den Netzausbau 16,7 Hertz-Übertragungssysteme im Höchstspannungsbereich, da diese nur ein Drittel der Übertragungsverluste der 50 Hertz-Netze haben und auch die Ausbildung elektromagnetischer Wechselfelder wesentlich schwächer ausfällt. Gegenüber der Höchstspannungsgleichstromübertragung (HGÜ), auf die viele Hoffnungen gesetzt werden, ist die Integration der 16,7 Hertz-Leitungen in das bestehende Netz einfacher.

Von all dem wollte der alte Vattenfall-Mann Neldner, der jetzt für 50 Hertz Transmission verantwortlich zeichnet, in seinem Referat nichts wissen. Ihm geht es nur darum, das bestehende Netz mit der bewährten Technik möglichst rasch auszubauen. Deshalb begrüßte er die Verkürzung des Rechtswegs durch das Energieleitungsausbaugesetz (EnLAG) und die Festschreibung der beschleunigt auszubauenden Trassen durch den Gesetzgeber. Kritik an den überdimensionierten Ausbauplänen und mangelnder Umweltverträglichkeit vieler Ausbauprojekte wischte er in einem launigen, von seiner Claque heftig beklatschten Beitrag vom Tisch, der zeigte, daß er nicht bereit ist, die Gegenseite zu respektieren.

Er verwarf auch die Ergebnisse von zwei wissenschaftlichen Studien zur »Sozialen Akzeptanz« und zur »Wahrnehmung und Bewertung von Beteiligungsprozessen im Rahmen des Aus-

baus Erneuerbarer Energien« der Universitäten Halle und Magdeburg, in denen gezeigt wurde, daß Erdkabel gegenüber Freileitungen eine höhere soziale Akzeptanz aufweisen und für die Befragten eine Leitung zur Einspeisung erneuerbarer Energien eher annehmbar ist.

Neldner braucht keine Untersuchungen, die bestätigen, was er weiß: »Die Leute wollen einfach die Masten nicht, egal welcher Strom da fließt« – aber die Masten seien notwendig, denn es gebe keine Alternative zum Freileitungsbau, der sei sicher, wirtschaftlich und müsse einfach akzeptiert werden. Vehement polemisierte er gegen Erdkabel, indem er ein Horrorszenario der dazu notwendigen Arbeiten und Umwelteingriffe heraufbeschwor.

Die Forderung von Umweltschützern (BUND) und auch der DUH (Baake) an die Netzbetreiber, bei der Planung neuer Leitungen die Lastflußdaten offenzulegen, wird von Neldner brüsk zurückgewiesen. Zum einen bezweifelte er die Aussagekraft dieser Daten, da der Leitungsausbau ja die künftige Entwicklung antizipieren müsse, zum anderen handle es sich bei diesen Daten um Daten von Geschäftspartnern, über die der Netzbetreiber nicht einfach verfügen dürfe. Zudem seien viele Daten dem Netzbetreiber nicht zugänglich und könnten deshalb von ihm auch nicht veröffentlicht werden.

Nur in einem Punkt kam Neldner den Kritikern entgegen, künftig würden den am Planungsprozeß Beteiligten die Daten zum Raumordnungsverfahren oder zum Planfeststellungsverfahren in digitaler Form zugänglich gemacht werden. Die Träger öffentlicher Belange müssen also die Planungsunterlagen nicht länger aus den Rathäusern »stehlen«, worauf ein Diskussionsteilnehmer hingewiesen hatte, um ihrem gesetzlichen Auftrag nachkommen zu können.

Kurz – 50 Hertz Transmission steht für die Fortschreibung des »Altbewährten«, für Freileitungsbau im Hoch- und Höchstspannungsbereich mit 50 Hertz. Der Name steht für starke elektromagnetische Wechselfelder, hohe Transportverluste und eklatante Eingriffe in die Natur, wobei auch der Wertverlust der trassennahen Immobilien von den Anwohnern hinzunehmen ist.

Nichts Neues auf dem Netzkongreß, jedenfalls nicht seitens der 50 Hertz Transmission GmbH.

HARTMUT LINDNER

Klimabündnis diskutiert

Eberswalde (bbp). »Der Mitgliedsbeitrag für das Klimabündnis der europäischen Städte mit den indigenen Völkern der Regenwälder (Alianza del Clima e.V.) in Höhe von ca. 260 Euro jährlich wird ab sofort wieder aus dem städtischen Haushalt finanziert.« Die 2006 beim Wiedereintritt in den Verein festgeschriebene Finanzierung des Mitgliedsbeitrages der Stadt durch zweckgebundene Spenden entfalle damit. »Die Stadt Eberswalde setzt sich aktiv für die Ziele des Klimabündnisses ein und nutzt verstärkt die Möglichkeiten, die eine Mitgliedschaft im Klimabündnis bietet (z.B. Nutzung des Programms Benschmarking Kommunalen Klimaschutz, Weiterbildungsangebote für kommunale Mitarbeiter etc.).«

Die gemeinsam von den Fraktionen Bündnis 90/Grüne und DIE LINKE eingebrachte Beschlußvorlage war eine Reaktion auf Versuche der Stadtverwaltung, mit der Begründung der Haushaltseinsparung aus dem Klimabündnis auszutreten (BBP 4/2010). Mit gleicher Begründung, damals noch unter dem 2006 abgewählten Bürgermeister Schulz, war die Stadt Ende 2005 in einem Pauschalbeschluß schon einmal aus dem Verein ausgetreten. Aufgrund der Wichtigkeit des Themas Klimaschutz beschloß die StVV im Februar 2006 den Wiedereintritt Eberswaldes in das Klimabündnis. Das Geld für den ersten Mitgliedsbeitrag hatten Bürger, ein ehrenamtlich tätiger Verein und politische Parteien gespendet. Ab 2008 wurde der Beitrag wieder aus dem städtischen Haushalt finanziert. Die entsprechende Beschlußlage sollte damals im Zuge eines Nachtragshaushaltes verabschiedet werden. »Dies wurde leider versäumt und soll daher jetzt nachgeholt werden. Angesichts der geringen Höhe des Beitrages sollte dies für die Stadt möglich sein.« Zudem würde die aktive Orientierung an den Zielen und die verstärkte Nutzung der Möglichkeiten des Klimabündnisses dazu beitragen, die eigenen Anstrengungen im Klimaschutz zu erhöhen.

Nach Einwänden von Ronny Hartmann (FDP/BFB), der die Verantwortung an den Landkreis abgeben will und Dr. Hans Mai (fraktionslos), dem Informationen über das Klimabündnis fehlten, wurde die Vorlage im April in die Ausschüsse verwiesen. Am 27. Mai steht sie nun erneut in der StVV zur Debatte.

Südvariante vom Tisch

Schorfheide (hjm/bbp). Im Zusammenhang mit der Liquidierung der Flugplatz Finow GmbH sind nun Bemühungen für eine Südtrasse der Ortsumgehung B167neu mit Autobahnanschluß des Flugplatzes seitens der Gemeinde Schorfheide endgültig vom Tisch. Noch im Februar/März war seitens aus der Bauverwaltung der Gemeinde Schorfheide zu vernehmen, daß sie sich für die Südvariante mit Rasthof an der ehemaligen Sowjetischen Bäckerei stark machen wolle. Nun ist man mit dem Verweis auf den Ausbau der Fotovoltaikanlagen auf dem Flugplatzgelände davon abgerückt.

1. Veranstaltungen

Anfang März trat in Eberswalde Hellmut Königshaus, damals MdB, jetzt neu ernannter Wehrbeauftragter der Bundesregierung, in einer FDP-Veranstaltung auf (vgl. *Stephan Fischer: Hitziger Meinungs austausch, in BBP 4/2010*). Der Reserveoffizier sah die »Erfolge« in Afghanistan durch die rosa Brille, warb für Erhöhung der Bw-Kontingents und Fortdauer des dortigen Einsatzes. Obwohl Thema des Abends, war von einer Exit-Strategie nichts zu erfahren außer vagen Absichten. Bezüglich »deutscher« Interessen am Krieg zeigte sich das Mitglied der Wirtschaftspartei FDP erstaunlich uninformiert: die gäbe es nicht.

Am 30. April fand in der Bernauer Stadthalle ein Forum der Barnimer Grünen statt. Podiumsgäste waren neben dem Berliner grünen Bundestagsabgeordneten Ströbele, Sascha Braun von der Gewerkschaft der Polizei (GdP), der Oxfam-Koordinator und Sprecher des deutschen NGO-Dachverbandes VENRO, Robert Lindner, Jörg Wiebach vom Bw-kritischen »Darmstädter Signal« und der Sozialwissenschaftler Prof Michael Daxner, langjähriger Uni-Präsident in Oldenburg und jetzt an der FU Berlin. **Braun** berichtete über die Polizeiausbildung in Afghanistan und wandte sich vehement gegen die Zumutung, deutsche Polizisten sollten sich an der Verteidigung dortiger Polizeiposten beteiligen. Das könne nicht ihre Aufgabe sein; sie hätten keinen Kombattantenstatus. **Wiebach** sprach die veränderte Tasschenkarte der Bw kritisch an. Sie erlaube Waffeneinsatz bereits bei Verdacht (etwa bei Kontrollposten). Auch erfülle das Bw-Kontingent Polizeiaufgaben, für die es nicht ausgebildet sei. Der VENRO-Vertreter bekräftigte die Sicht des VENRO-Positionspapiers von 1/2009 (AG Friedensforschung an der Uni Kassel/Friedenspolitischer Ratschlag, www.uni-kassel.de/fb5/frieden), in dem das Konzept der »zivil-militärischen Zusammenarbeit« (CIMIC) deutscher NGOs mit der Bw in Afghanistan strikt als kontraproduktiv abgelehnt wird.

Anders als Ströbele bekannte sich **Daxner** zu den Kriegen in Jugoslawien und Afghanistan und zur Mandatsverlängerung für die Bw. Er verglich die Kriegsgegner gar mit der Beschwichtigungspolitik gegenüber Hitler. Sehr kritisch vermerkte er jedoch völliges Unverständnis im Westen für die Funktionsweise von Stammesgesellschaften, oberflächliche und unzutreffende Vergleiche mit Erscheinungen im Hochkapitalismus (Klientelbeziehungen von Clans hier – Korruption dort; Stammesführer als Interessenvertreter – Kriegsherren usw.). Darin gründe das völlige Scheitern des »nation-building«-Konzeptes, der Vorstellung, Afghanistan nach westlichen Demokratiemodellen »umzubauen«. **Ströbeles** Vortrag und sein Positionspapier übten scharfe Kritik an vielen Details von Konzepten und Praxis des Bw-Einsatzes. Den Veranstaltungen und der noch zu betrachtenden Literatur ist zu entnehmen, daß eigentlich alle Experten ratlos sind, wie es in

Die Bundeswehr am Hindukusch:

Besser Exit als Exitus

In Afghanistan wird die deutsch geführte Okkupationszone Nord immer stärker Kampfgebiet. Die Verlustziffern der Bundeswehr (Bw) steigen, der öffentliche Streit um den Krieg wird lauter und spiegelt sich in Publikationen und Diskussionsforen auch im Barnim.

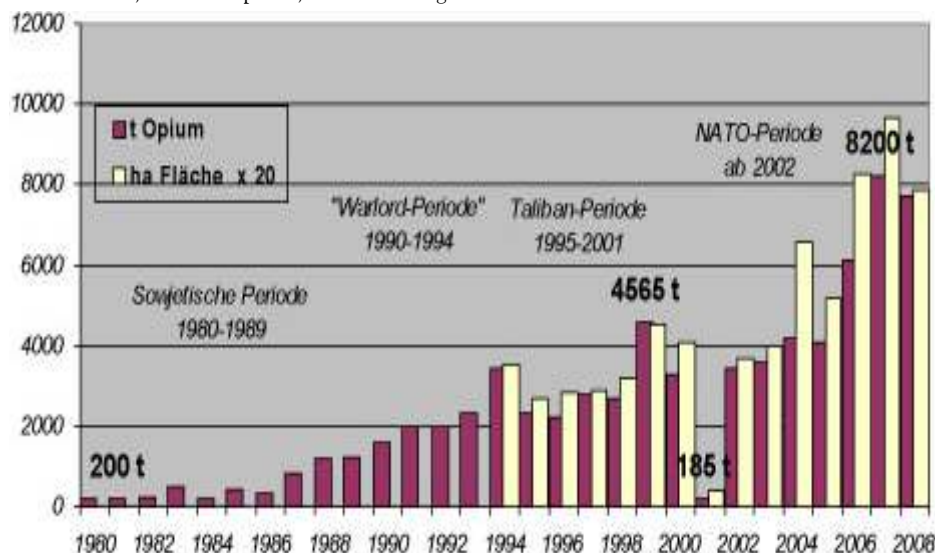
Afghanistan weitergehen soll, daß aber andererseits auch bei Kritikern keine klaren Vorstellungen über eine praktikable Ausstiegsstrategie bestehen. Es fällt auf, daß Militärs dafür deutlich längere Zeitspannen (4-6 Jahre) angeben als Politiker, etwa Obama, der angeblich 2011 damit beginnen will.

2. Publikationen

Der Katalog des Berliner Bibliotheksverbundes (VÖBB) weist zu Afghanistan allein an Büchern 15 Neuerscheinungen und 2 Neuaufgaben (2007-2010) aus, darunter mehrere Erlebnisberichte aus dem Bw-Einsatz. Interessant sind vor allem ein Sammelband von Hrg. Jochen Hippler (*»Von Marokko bis Afghanistan. Krieg und Frieden im Nahen und Mittleren Osten«*, konkret-Verlag 2008, 252 S.), eine Analyse des Historikers Hans Krech (*»Asymmetrische Konflikte, eine existentielle Herausforderung für die NATO«*, Bremen, WIFIS 2008, 36 S.) und die Darstellung von Susanne Koelbl und Olaf Ihlau: *»Krieg am Hindukusch. Menschen und Mächte in Afghanistan«* (Pantleon München 2009, 331 S.). Ebenfalls 2009 erschienen in der Reihe »Wegweiser zur Geschichte« des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes (MGFA) Potsdam der Band *»Afghanistan«* in 3., erweiterter Auflage (Schöningh, 288 S.), das auf der Bernauer Veranstaltung kostenlos angeboten wurde. Herausgeber ist der bekannte Militärgeschichtler Bernhard Chiari, Leiter des »Moduls Einsatzunterstützung« im MGFA. Dessen Amtschef teilt im Vorwort mit, der kompakte, kleinformatige

Band sei für Soldaten der BW »als Orientierung im Einsatz konzipiert«. Zwei Teile – »Historische Entwicklungen«, »Strukturen und Lebenswelten« – und ein Anhang (Zeittafel, Medienverzeichnis) vermitteln in 20 Beiträgen einen guten, konzentrierten Überblick über alte und neue Landesgeschichte, Militärgeschichte der Konfliktphasen seit 1940, aktuelle »Sicherheitsproblematik«, Soziologie der Stammesgesellschaft, Probleme der Landwirtschaft, Drogenwirtschaft und Entwicklungshilfe im Konflikt. Die Mitarbeiter kommen aus dem MGFA selbst, dem Zentrum für Entwicklungsforschung der Uni Bonn und weiteren Universitätsinstituten. Die Darstellungen sind größtenteils zuverlässig und, wie Amtschef Oberst Ehlert betont, ungeschönt, überparteilich, »oftmals kritisch«, was »speziell für Afghanistan ebenso viel Mut wie Besonnenheit« erfordere. An Mut mangelt es den Autoren allerdings bei aller Kritik merklich. Vieles Heikle wird verschwiegen oder schön geredet. Dennoch lohnt die Lektüre.

Hinsichtlich Aktualität, Gründlichkeit und Mut wird das MGFA deutlich von den Publikationen der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP; Studien und Aktuell-Infos im PDF-Format abrufbar) getoppt. SWP verfügt über die Mitarbeit der zwei besten deutschen Afghanistankenner, die beide einst für das DDR-Außenministerium arbeiteten. Dr. Citha Maaß lehrte 6 Jahre an der Nehru-Universität Delhi und lebte 2002-2005 in Afghanistan. Dr. Thomas Ruttig, der die Hauptsprachen Paschtu und Dari spricht, hat ebenfalls jahrelang in Afghanistan gelebt und später für die UNO und



Entwicklung von Mohnanbau und Drogenaufkommen 1980 - 2008

Nach: Fischer Weltatlas 2008 und nach Citha Maaß, *Afghanistans Drogenkarriere*, SWP-Studie, Berlin, Januar 2010.



das Deutsche Auswärtige Amt gearbeitet. Hinzuweisen ist vor allem auf die SWP-Studie »Das internationale Engagement in Afghanistan« vom August 2008 (92 S.). Sie enthält einen Überblick über die Probleme der »Afghanisierungsstrategie« (Maaß), unter »Probleme der NATO-Strategie« werden Bw-Einsatz, Polizeiaufbau, CIMIC und Sicherheitsprobleme der NGOs betrachtet. Großer Vorzug der Studie ist Einbeziehung der Sicht der benachbarten Regionalmächte Iran und Pakistan (leider nicht Indien und China). Hier ergeben sich Ansatzpunkte für Ausstiegsszenarios. Das Resümee bleibt auf der Linie des westlichen Demokratie-modells, während neuerdings auch das MGFA hier Abstriche macht (»Afghane face«). Militärs halten die Truppenzahl für gänzlich ungenügend. Der kanadische Ex-Generalmajor McKenzie verweist auf die Faustregel von 20 Sicherheitskräften auf 1000 Einwohner für erfolgreiche »Aufstandsbekämpfung«. Das wären in Afghanistan utopische 640.000 Mann!

Zur Drogenproblematik gibt es ein Kapitel von Katja Mielke (Bonn) in dem MGFA-Band und eine verdienstvolle SWP-Studie von Citha Maaß »Afghanistans Drogenkarriere« (Januar 2010), beide auf ähnlicher Linie. Die hier verfügbaren Zahlen belegen, daß der traditionelle Mohnanbau bis zum Kriegsbeginn 1979 und noch in der »sowjetischen Phase« relativ gering war und erst in der »Mujaheddin-Phase« deutlich anstieg. Ein Anbauverbot durch die Taliban wurde 2001 fast komplett durchgesetzt (nach Mielke über deren Einfluß auf die Dorf-Mullahs). Ab 2007 stieg die Opiumproduktion dann explosionsartig (siehe Grafik). Gewalt-sames Einschreiten gegen den Anbau (etwa Sprüheinsätze per Flugzeug) treibe aber die Bauern in die Arme der Aufständischen und ökonomisch tragfähige Ersatzkulturen (Rosenöl, Safran, Heilpflanzen) sind nur ansatzweise in Sicht. Auf absehbare Zeit gibt es keine Lösung.

Im 3. Abschnitt dieses Artikels (in BBP 7/2010) wird näher auf politisch-strategische und ökonomische Hintergründe der Intervention, auf militärische Aspekte und auf Überlegungen zu Exit-Strategien eingegangen.

ROLF RICHTER,
Bündnis für den Frieden Eberswalde

90.000 Euro Spenden für den Tierpark

Eberswalde (bbp). Tierparkdirektor Dr. Bernd Hensch kann sich freuen. Der Verein der Freunde und Förderer des Zoologischen Gartens Eberswalde e.V. will dem Tierpark Spenden in Höhe von 90.000 Euro als Sachkostenzuschuß zukommen lassen. Das hat die Mitgliederversammlung des Vereins am 25. März einstimmig beschlossen. Der Förderverein unterstützt damit »hauptsächlich notwendige Sanierungen im Zoo entsprechend der dem Zoobeirat am 29.03.2010 übergebenen Prioritätenliste«, heißt es in der Sachverhaltsdarstellung der entsprechenden Vorlage der StVV-Sitzung am 27. Mai. Nach der »Spendenaffäre« des Jahres 2006, in deren Zusammenhang noch immer ein Verfahren wegen Bestechlichkeit gegen den damals abgewählten Bürgermeister Schulz läuft, hatten die Stadtverordneten beschlos-

sen, daß künftig alle Spenden über ihren Tisch gehen müssen. Indem der zwischengeschaltete Verein als Spendengeber fungiert, wird die mit dem damaligen Beschluß beabsichtigte Transparenz allerdings teilweise ausgehebelt.

Laut den Vorgaben des Vereins sollen die Spendenmittel hauptsächlich für den »sukzessiven Ersatz der überalterten, den Sicherheitsanforderungen nicht entsprechenden Schließsysteme an Tieranlagen und ausgewählten Sozial- und Wirtschaftsgebäuden« (20.000 Euro) und für Sanierungsleistungen im WC-Gebäude im Kassensbereich (60.000 Euro) eingesetzt werden. Hinzu kommen Sachspenden in Höhe von jeweils 5.000 Euro als Beiträge zum Kulturprogramm des Zoofestes und für den Erwerb von Tieren (Ersatz von aus Alters- oder Krankheitsgründen verstorbenen Tieren).

Demokratieverständnis des Bürgermeisters

Die 1998 in Kraft getretene neue Kommunalverfassung des Landes Brandenburg regelt, daß der Bürgermeister die Stadt in ihren Gesellschaften vertritt. Bisher konnte die Aufgabe auch auf den Hauptausschuß übertragen werden, wie das auch die Eberswalde Hauptsatzung vorsah.

Nun ist Bürgermeister Boginski alleiniger Gesellschaftervertreter, zugleich aber Vorsitzender des Aufsichtsrates in der Wohnungsbau- und Hausverwaltungs-GmbH. Derart

gleichgeschaltet wird der Einfluß von Stadtverordneten stark eingeschränkt.

Vor diesem Hintergrund fragte ich Herrn Boginski in der StVV am 29. April, ob er schon einmal darüber nachgedacht habe, auf den Vorsitz im Aufsichtsrat zu verzichten, wenn er ohnehin das Recht hat, als Gesellschaftervertreter an allen Aufsichtsratssitzungen teilzunehmen. Boginskis umfassende und erschöpfende Antwort lautete: Nein.

ALBRECHT TRILLER

Überprüfung nur für Ehrenamtliche

Eberswalde (bbp). Im März hatten die Stadtverordneten nach kontroverser Diskussion mehrheitlich ihre Überprüfung auf eine Tätigkeit für den DDR-Staatssicherheitsdienst beschlossen. Eine Beanstandung des Beschlusses durch den Bürgermeister wegen der enthaltenen rechtswidrigen Passagen ist unterblieben. Ob nun die Kommunalaufsicht entsprechend

tätig wird, ist nicht bekannt. Nach der Beschlußfassung im März teilte die Stadtverwaltung mit, daß eine Überprüfung der Mitarbeiter der Stadtverwaltung auf eine Tätigkeit für den Staatssicherheitsdienst in den Jahren 1993 bis 95 stattgefunden habe. Laut Stasiunterlagengesetz, §§ 20 und 21 müsse keine Überprüfung der Mitarbeiter mehr stattfinden.

Sozialdezernentin als Schrotunternehmerin

Wie schön! Endlich mal eine gute Nachricht aus dem Dezernat Ulonska. Der Kreis, also die kreiseigene Gesellschaft für Abfallwirtschaft (GAB), will Schrott einsammeln. Das ist derzeit möglicherweise ein gutes Geschäft – jedenfalls für den Kreis! Auch ein Geschäft für die Bürger? Reicht das Papier nicht mehr, um die Abfallgebühren niedrig zu halten? Aber darum geht es ja gar nicht! Jedenfalls hat Frau Ulonska dazu nichts geschrieben, nicht in der Zeitung. Es gehe um eine zukunftsorientierte Abfallwirtschaft, um stoffliche und energetische Verwertung von Abfällen und – hört, hört! – um nichts geringeres als das hehre Ziel der Null-Emissions-Strategie des Kreises.

Schrott als Emission? Bisher war Schrott für den Kreis entsprechend der Satzung der GAB sogenannter »ausgeschlossener Abfall«, also Abfall, der nicht in die Zuständigkeit des Landkreises fällt. Ist Schrott Abfall? Schrott ist

Wertstoff! Das war er schon immer! Hat nun der Kreis seine Zuständigkeit für diesen »Abfall« entdeckt! Mag sein, daß die vielen Schrotthändler es einfach nicht mehr schaffen, den Schrott einzusammeln. Mag sein, daß viele Bürger zu träge sind, ihren Schrott zum Händler zu bringen – oder es nicht nötig haben. Nun will der Kreis als Schrottsammler und Schrotthändler aushelfen. Der Kreis als Unternehmer? Gibt das jetzt die Kommunalverfassung her? Das Einsammeln von Glas und der Verkauf dieses Glases soll ein gutes Geschäft sein. Wie wäre es damit, Frau Ulonska? Auch der Verkauf von Aluminium und Kupfer lohnt sich – wenn man es geschenkt bekommen hat. Vielleicht lassen sich dann die Abfallgebühren sogar senken?! Ich als Bürger bin gespannt auf den Effekt, auf den kommt es an!

JOHANNES MADEJA,
Kreistagsabgeordneter BVB

Nazi-Hetze unerwünscht

Eberswalde (bbp). Bereits Ende Februar hatte die neofaschistische »Kameradschaft Märkisch Oder Barnim« (KMOB) auf ihrer Website eine ganze Reihe von Aufmärschen in der Region angekündigt. Ab dem 29. Mai wollen die »Kameraden« jede Woche an einem anderen Ort in den Landkreisen Barnim und Märkisch-Oderland aufmarschieren. Nach Bernau (29. Mai) sind Eberswalde (5. Juni) und Bad Freienwalde (12. Juni) dran. Es folgen Strausberg (19. Juni), Joachimsthal (26. Juni), Biesenthal (3. Juli) und Manschnow (10. Juli).

Vom Bündnis »Brandenburg Nazifrei« sind verschiedene Gegenaktionen geplant. So soll es am Bernauer Bahnhof eine Massenblockade geben. In Eberswalde werde in Kooperation mit lokalen Radsportvereinen ein zehnstündiges Zeitfahrenrennen organisiert. Der geplante Zug der Nazis durch die Innenstadt könne daher nicht stattfinden. Daß es auf einer möglicherweise von der Polizei zugewiesenen anderen Route ohne Proteste abgeht, dürfte Illusion sein. An einem der anderen Orte soll ein »gemeinsames Frühstück« unter freiem Himmel den Aufmarsch der Neonazis behindern.

Die Kameradschaft MOB gibt es laut Aussagen seitens des Bündnisses »Brandenburg Nazifrei« seit 2008. Sie gilt als Nachfolgeorganisation des berüchtigten »Märkischen Heimat-schutzes«, der sich vor einigen Jahren auflöste und damit wohl einem drohenden Verbot zuvorkam. Zum Umfeld der KMOB sollen bis zu 80 Personen gehören. Auf Demonstrationen werden indes »immer dieselben zwei Dutzend Leute gesichtet«. Auch beim Nazi-Aufmarsch am 1. Mai in Berlin auf der Bornholmer Straße beteiligte sich die KMOB. Die Befreiung vom Faschismus am 8. Mai 1945 bezeichnet sie nicht etwa als das Ende, sondern als den Beginn des dunkelsten Kapitels deutscher Geschichte.

»Wir werden nicht zulassen, daß Rechtsradikale in unseren Orten marschieren« versichert das Bündnis »Brandenburg Nazifrei« in einem Aufruf, der bereits 160 Unterschriften trägt. Zu den Unterstützern gehören Parteien, Vereine und Gewerkschaften, außerdem Bundestags- und Landtagsabgeordnete von SPD, Linkspartei und Bündnisgrünen, darunter die Eberswalder Bundestagsabgeordnete Sabine Stüber (LINKE), die Landtagsabgeordneten Margitta Mächtig, Dr. Michael Luthardt (beide DIE LINKE) und Axel Vogel (Bündnis 90/Grüne) sowie der Kreistagsabgeordnete Dr. Gert Adler (SPD). Auch Bürgermeister Friedhelm Boginski und der Erste Beigeordnete Lutz Landmann unterzeichneten den Aufruf. Nach Redaktionsschluß kamen weitere Unterzeichner hinzu.

»Wir bitten alle demokratischen Bürgerinnen und Bürger«, heißt es im Aufruf, »mit uns auf die Straße zu gehen. Nur gemeinsam verhindern wir, daß Nazis Fuß fassen können. Ob in Bernau, Eberswalde, Bad Freienwalde, Strausberg, Joachimsthal, Biesenthal oder Manschnow: Kein Ort für rechtsradikale Propaganda!«

»Nazifrei« – eine Schande?

Bernau (bbp). Im Barnim-Blog (www.barnim-blog.de) meldete sich am 13. Mai Josef Keil zu Wort. Josef Keil, bekannt als Sparkassendirektor und streitbarer Sozialdemokrat, erzählte, daß ihm auf dem Weg zum Gottesdienst auf dem Bernauer Marktplatz ein Plakat aufgefallen sei. Unter der Überschrift »Nazifrei« rufen »einige ehrenwerte Organisationen« zu einer Demonstration gegen ein für den 29. Mai in Bernau geplantes Treffen von Rechtsextremen auf. »Ich finde es sehr gut«, so Josef Keil, »daß sich normale Bürger in Form von Gegendemonstrationen bei rechtsextremen Aufmärschen zeigen. Sie machen damit deutlich, daß das Recht auf Versammlung unter freiem Himmel allen Bürgern zusteht, wenn sie die rechtlichen Bedingungen erfüllen. Das Demonstrationsrecht ist unteilbar, von extrem hohem Wert und wird daher von den Gerichten allen zugesprochen. Auch denen, die sich in ihrem täglichen Gebaren nicht gerade als lupenreine Demokraten verhalten.«

Mit scharfer Kritik reagiert Josef Keil auf die Verwendung des Begriffs »Nazifrei«. Die Plakatemacher würden diese »Wortkonstruktion der deutschen Nationalsozialisten aus der dunkelsten Zeit unseres Volkes« bewußt als Provokation für ihre Zwecke benutzen, meint er. Vor etwa 70 Jahren hätten auch brandenburgische Bürgermeister auf ihre Ortseingangsschilder »judenfrei« schreiben lassen. Die Bevölkerung habe damals nicht demonstriert. »Welche menschliche Verachtung haben die Nationalsozialisten und die schweigende deutsche Bevölkerung damit zum Ausdruck gebracht? Sie arbeiteten tatkräftig auf diesen von ihnen herbeigesehnten Zustand hin oder haben gedankenlos das Geschehen hingenommen.« Nach dem »Judenfrei« kam der Holocaust, so Keil. Wie könne man nur ein solches Schandwort umdrehen und daraus »Nazifrei« machen, fragt Josef Keil. »Schämen sich denn die Menschen über gar nichts mehr? Und wenn die Macher des Plakates tatsächlich bewußt eine Nähe der beiden Ausdrücke ins Klakül gezogen haben, so wende ich mich angewidert ab. Es ist eine Schande.«

Wanderung über die Berge

Auf den Spuren der Freienwalder Braunkohlenlandschaft

Die Erwartungen waren hoch bei der versammelten Gruppe, als es am 9. Mai mit Klaus Schluchter über die Berge bei Bad Freienwalde ging. Sie sollten noch übertroffen werden. Gleich zur Begrüßung gab es mit dem Steiger das zünftige Lied der Bergleute.

Entlang dem Barnimplateau ging es zur Feldhütte bei Altranft, wo bei Glühwein wieder Lieder wie »aber Dich gib'ts nur einmal für mich« mit Gitarre und Mundharmonika angestimmt wurden. Als nächstes wurde der geologische Lehrpfad bei Altranft aufgesucht, wo Klaus Schluchter in die Besonderheiten des Bad Freienwalder Bergbaus einging. Bei herrlichem

Seitens Dr. Frank Valentin, bekannt geworden als Barnimer Landratskandidat, widersprach. Man könne »Nazifrei« mitnichten mit »Judenfrei« vergleichen, »denn wir alle wissen, wo die Juden damals geblieben waren.« Niemand könne oder wolle heute Nazis nach Auschwitz schaffen und vergasen. »Insofern – und das wurde schon oft genug betont – sind die Verbrechen an den europäischen Juden ein einzigartiges Verbrechen und jeder Vergleich verbietet sich von selbst.«

Dr. Valentin ist für eine Diskussion, »ob für Feinde der Demokratie, die sich – wie weiland schon Goebbels meinte – diese Demokratie nur solange zunutze machen wollen, bis sie an der Macht sind, auch demokratische Regeln gelten sollen«. Solange diese Parteien nicht verboten seien, sei dies zu bejahen. »Eine andere Frage ist die nach der Zivilcourage, die gefragt ist, wenn man sich Nazis entgegenstellen muß«. Diese Zivilcourage gegen Nazis werde von den »nicht gerade lupenreinen Demokraten«, wie sie Josef Keil bezeichne, in der Regel wenigstens mit anonymen Drohbrieffen beantwortet. Manchmal befallte ihn eine böse Ahnung, schreibt Dr. Valentin: »Sozial- und andere Demokraten werden sich wahrscheinlich erst dann über den Umgang mit den Nazis einig sein, wenn sie sich wie 1933 in einem KZ der Nazibanden wiederfinden. Auch darüber sollten wir einmal nachdenken und vor allem miteinander reden.«

Widerspruch ertet Josef Keil auch von seinem Parteifreund Florian Görner, der es bedauert, daß Keil sich »nicht näher mit dem Bündnis auseinander setzt und es trotzdem als Schande« bezeichnet.

Die »meisten Sozial- und andere Demokraten« seien sich durchaus bewußt darüber, daß diese Antidemokraten ihre demokratischen Rechte solange nutzen wollen, bis sie sie abschaffen. »Deshalb haben der SPD-Unterbezirk Barnim, die SPD-Kreistagsfraktion, die Jusos und namhafte Vertreter der SPD neben vielen anderen Organisationen und Parteien sowie Einzelpersonen den Aufruf unterstützt und z.T. im Bündnis mitgewirkt.«

Sonnenschein führte die Tour nun über Bergthal und rotes Land zur Köhlerei, wo bei Kaffee, Kuchen und zünftigen Liedern die 12 km Tour ausklang. Geburtstagskind Jürgen Schulz aus Berlin bekam zu seinem 72. Geburtstag natürlich noch ein Geburtstagsständchen. Am Fuße des Aussichtsturmes klang mit dem »Steiger« der wundervolle Nachmittag aus.

Die Teilnehmer und der Verein die Naturfreunde Oberbarnim-Oderland e.V. bedanken sich ganz herzlich für diese mal ganz andere Tour bei Klaus Schluchter und hoffen auf eine baldige Wiederholung.

BERND MÜLLER

Roter Teppich für die Eisenbahnstraße

Nachdem die erste Kunstaktion der Gruppe »un« in den Schaufenstern des Ladens Eisenbahnstraße Ecke Sandbergstraße zu sehen ist (die Künstler bieten übrigens ihre Schaufenstergedichte auch anderen Hausbesitzern zur Dekoration leerstehender Schaufenster an), sind nun die Eberswalder gefragt. Am 28.08.2010 soll der Mühlenspiralweg vom Bahnhof bis ins Stadtzentrum für die Eberswalder und ihre Gäste »ausgerollt« werden. Die Künstlerin Sabine Eggeling bittet die Eberswalder um SCHÖNE ROTE FESTE STOFFRESTE von mindestens 0,80 x 1,00 m und län-

ger (Übergardinen, Möbelstoff, Decken, Markisen, Bettwäsche ...).

Mehr als 1.000 Meter werden benötigt. Die Farbtöne und Muster dürfen variieren, sollten aber einen im wesentlichen roten Eindruck hinterlassen.

Die Stoffe können im Kulturamt der Stadt im Museum, im Druckexpres (Eisenbahnstraße 83) oder in der Fahrschule »Unter den Buchen« (Eisenbahnstraße 63) abgegeben werden. Wie lang der »rote Teppich« wird hängt nun von den Eberswaldern ab.

VERONIKA BRODMANN



Die ersten Eberswalder haben sich bereits mit der Gabe von Stoffen am Kunstprojekt »Mühlenspiralweg« beteiligt.

MühleSPIELmeisterschaft am Pfingstmontag

Eberswalde (mühle). Am 24. Mai findet anlässlich des 17. Deutschen Mühlentages in der Zainhammer Mühle in Eberswalde die MühleSPIELmeisterschaft statt. Gespielt wird ab 14 Uhr an tischgroßen Mühlebrettern mit hand-

teller großen Mühlesteinen. Die Sieger erhalten kunstvolle Preise.

Gespielt wird in der Ausstellung »MÜHstisch« von vier jungen Mühlenkünstlern, die am 22. Mai um 14.30 Uhr eröffnet wird.

»Land sehen! – Blicke auf den Barnim«

Malwettbewerb des Vereins Lokale Agenda 21 Eberswalde

Gesucht werden Bilder von Hobby- und Amateurlern, die uns ihre Sicht auf die Landschaften und/oder die Menschen des Landkreises Barnim zeigen. Wir wollen damit sowohl die verschiedenen Malgruppen als auch die verschiedenen Schulen von Eberswalde und Umgebung anregen sich zu beteiligen.

Je Teilnehmer können maximal zwei Bilder eingereicht werden. Die Maltechniken sind frei wählbar. Die Bilder sollten nicht älter als 2 Jahre sein. Die größte Seite der Bilder sollte nicht größer als 60 cm sein, die kleinste Seite nicht kleiner als 20 cm. Hiervon abweichende Bilder werden der Jury nicht vorgelegt. Die Bilder sollten so beschaffen sein (mit oder ohne Rahmen), daß sie in einer Ausstellung zum Erntedank-Markt in der Maria-Magdalenen-Kirche aufgehängt werden können. Die Höhe des Preisgeldes beträgt 800 Euro. Eine Teilung des Preisgeldes ist vorgesehen. Einen Rechtsanspruch auf die Preise gibt es nicht.

Auf der Rückseite der eingereichten Bilder sollen angegeben werden: Bildtitel, Name und

Adresse des Einreichers, das Alter des Einreichers. Teilnehmerinnen und Teilnehmer, die jünger als 18 Jahre sind, starten in der Kategorie »Kinder und Jugendliche«.

Die Abgabe der Bilder ist möglich in der Zeit vom 6. bis zum 10. September 2010 im Büro der evangelischen Kirchengemeinde der Maria-Magdalenen-Kirche (Kirchstraße 6, z.H. Frau Neumann, 16225 Eberswalde).

Die Bewertung erfolgt durch eine Jury, die aus Mitgliedern und Förderern des Vereins besteht. Die Preisvergabe ist im Monat Oktober 2010 vorgesehen.

Weitere Details zur Ausschreibung auf der Seite www.lokale-agenda-21-eberswalde.de.

KARL-DIETRICH LAFFIN,
Lokale Agenda 21 Eberswalde e.V.

Kontakt: Die Geschäftsstelle des Vereins Lokale Agenda 21 Eberswalde e.V. befindet sich in der Poratzstraße 75, 16225 Eberswalde. Telefon: 03334/64354, E-Mail: lokale_agenda21_eberswalde@web.de

FDP und das Hundeproblem

Eberswalde (bbp). Der FDP-Ortsverband Eberswalde hatte für den 7. Mai alle Betroffenen zum Thema Hunde-Haltung und Hinterlassenschaften in das Eberswalder Weinkontor eingeladen. »Wir sind teilweise selbst Hundehalter«, hieß es in der Einladung, daher richte sich die Veranstaltung nicht gegen alle Hundehalter. »Aber wir wollen, daß alle Hundehalter verantwortlich handeln.«

Anlaß zur Veranstaltung ist die große Unzufriedenheit vieler Bürgerinnen und Bürger wegen der Hunde-Hinterlassenschaften auf Gehwegen und in Parks in Eberswalde. An die Eberswalder Stadtverwaltung richteten die Organisatoren folgende Fragen:

1. Was wurde bisher gegen diese Verunreiniger (Hundehalter) erreicht? Gibt es Nachweise von Sanktionen (welche, wieviele)?
2. Wie steht die Stadt zur Gleichbehandlung von Autofahrern und Hundehaltern? Da eine vergessene Parkscheibe mit 10 EUR geahndet wird, wäre ein Vorschlag: Fehlender Entsorgungsbeutel: 1 gelbe Karte, kleiner Haufen: 5 EUR, großer Haufen: 10 EUR.
3. Welche Reaktionen erreichte die Plakataktion, welche Kosten wurden verursacht?
4. Wie ist die Zuständigkeit der Stadt geregelt? Gibt es satzungsmäßige Möglichkeiten?
5. Wie will die Stadt die schlimmsten Hundetoiletten verbessern? (z. B. Karl-Marx-Platz, Weidendamm, Drehnitzstr.)
6. Gibt es Erfahrungen aus anderen Kommunen im Kreis?

»Rock aus Eberswalde«

Am 29. Mai 2010 findet im Stadtpark Am Weidendamm wieder »Rock aus Eberswalde« statt. Die Veranstalter des Konzerts um Götz Herrmann wollen Personen zwischen 16 bis 60 Jahren mit diesem rockigen Musikhöhepunkt im Mai ansprechen und laden ausdrücklich auch alle Anwohner des Stadtparks dazu ein.



Bündnis »Brandenburg Nazifrei« – Sei dabei!

Zwischen dem 29. Mai und dem 10. Juli will die neonationalsozialistische »Kameradschaft Märkisch Oder Barnim« (KMOB) in mehreren Orten im Nordosten Brandenburg aufmarschieren. Aus diesem Grund hat sich ein Bündnis »Brandenburg Nazifrei« mit über 170 Unterzeichner_innen (Stand 18. Mai) zusammengefunden, um sich den Nazis entgegenzustellen. Der Aufmarsch der KMOB in Eberswalde ist für den 5. Juni um 12 Uhr am Bahnhof angekündigt. Zum Zeitpunkt des Verfassens dieses Artikels waren die Überlegungen, wie der offensichtlichen Provokation zum Straßenkulturfest FinE zu begegnen sei, noch nicht veröffentlichtsfähig. Aktuelle Informationen erhält mensch auf der Internetpräsenz www.brandenburg-nazifrei.de. Die KMOB fällt nicht vom Himmel. Neben den überwiegend sehr jugendlichen Akteuren finden sich altgediente Kameraden wie der Ex-Märkische-Heimatschützer und Inhaber des Nationalen Medienvertriebes Gordon Reinholz. Reinholz betreibt in Eberswalde seit Jahren einen »Army-Shop« in der Freienwalder Straße. Dieser fungiert als Treffpunkt und Anlaufstelle für die Nazis aus der Region und ganz Brandenburg. Im gleichen Haus wie der »Army-Shop« befindet sich der Rettungsdienst des Landkreises Barnim, bislang wurde von staatlicher Stelle aber wohl kein Druck zur Schließung des Ladens ausgeübt. Die Duldung dieser Netzwerkestelle scheint sich jetzt zu rächen. Gehandelt wurde aber an anderer Seite. War im Jahr 2008

der Barnim noch Veranstaltungshochburg für Nazirockkonzerte unterband die Polizei 2009 fast sämtliche Veranstaltungen. Die Aufmärsche der Nazis in diesem Jahr scheinen der Ersatz für einen verlorengegangenen Erlebnisraum zu sein. Eine Chance den Eberswalderinnen und Eberswaldern einen Naziaufmarsch zum Straßenkulturfest zu ersparen ist, den Kameraden um die KMOB eine Woche zuvor eine Enttäuschung zu bereiten. Das sollte ein zusätzlicher Anreiz sein am 29. Mai ab 10 Uhr dabei zu sein, wenn es an das friedliche Blockieren geht.

HEINZ SCHENCK

29. Mai Bernau – Naziaufmarsch blockieren

Am 29. Mai, findet in Bernau der erste von sieben geplanten Aufmärschen der Nazis statt. Nach gemeinsamer Planung mit lokalen Akteuren wird der Bahnhof Bernau mit verschiedenen Aktionen besetzt, um die Nazis an einer Demonstration durch die Stadt Bernau zu hindern. Unsere Blockaden sind Menschenblockaden. Wir stellen, setzen und legen uns den Nazis in den Weg. Unmittelbar am Bahnhof sind mehrere Versammlungen angemeldet. Diese dienen als Anlaufpunkte für alle Blockierenden. An einem der Kundgebungsplätze wird eine Bühne aufgebaut, von der aus es Redebeiträge und ein Musikprogramm geben wird. Die Nazis haben ihre Demo für 12 Uhr angemeldet. Wir werden uns bereits um 10 Uhr sammeln. Richtet euch auf einen langen Tag ein. Weitere Hinweise: www.brandenburg-nazifrei.de
Bündnis »Brandenburg Nazifrei«

Wir sagen Danke!
Am 29. April 2010 starb im Alter von 84 Jahren

Günter Hof

Viele Jahre lang sorgte er im Brandenburgischen Viertel dafür, daß die »Barnimer Bürgerpost« zu ihren Leserinnen und Lesern kam. Mit seinen Textbeiträgen trug er zur inhaltlichen Vielfalt unserer Zeitung bei. Wir werden sein Andenken bewahren. Unser Mitgefühl gilt seinen Angehörigen, insbesondere seiner Frau.

Dr. MANFRED PFAFF,
Vorsitzender des Barnimer Bürgerpost e.V.
GERD MARKMANN,
Redakteur der »Barnimer Bürgerpost«

Vor 10 Jahren starb Falko Lüttke



Am 31. Mai 2000 bezahlte er in der Spechthausener Straße in Eberswalde seine Zivilcourage mit dem Leben, weil er einen Neonazi wegen dessen Hakenkreuz-Tätowierung ansprach.
Info: www.exil-eberswalde.de

Barnimer Bürgerpost

Ich bestelle ab sofort die »Barnimer Bürgerpost«

- zwei Ausgaben zur kostenlosen Probe
- Normalabonnement (12 Ausgaben: 9 EURO)
- ermäßigtes Abonnement (12 Ausgaben: 3 EURO)
Schüler, Studenten, Einkommenslose bzw. -schwache (monatl. Einkommen unter 600 EURO)
- Förderabonnement (12 Ausgaben: 12 EURO – 9 Euro + 3 Euro Spende)
- Förderabonnement »Gold« (12 Ausgaben: 18 EURO – 9 Euro + 9 Euro Spende oder mehr)

Die »Barnimer Bürgerpost« erscheint derzeit einmal im Monat. Das Abonnement verlängert sich automatisch um den angegebenen Zahlungszeitraum zum gültigen Bezugspreis, falls ich nicht 20 Tage vor dessen Ablauf schriftlich kündige. Beim Vertrieb über die Deutsche Post wird eine Versandkostenpauschale von 8 EURO pro Jahr erhoben (entfällt ab 2 Exemplaren).

Ich zahle: per Bankeinzug per Rechnung

Kontonummer Bank Bankleitzahl

Name, Vorname Straße, Hausnummer

PLZ, Ort Datum, 1. Unterschrift Abonnent/in

Widerrufsrecht: Innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) kann ich diese Bestellung widerrufen: Datum, 2. Unterschrift Abonnent/in

Ich möchte Mitglied beim BBP-Forum werden (eMail-Liste nur für Abonnenten):

E-Mail-Adresse (Angabe ist notwendig für eine Teilnahme am BBP-Forum)

Coupon senden an: Gerd Markmann, Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde
(Bestellmöglichkeit per Telefon, Fax und e-mail siehe Impressum)

impresum

herausgeber: Barnimer Bürgerpost e.V.
anschrift: Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde
telefon: (0 33 34) 35 65 42
telex: (0 18 05) 22 10 40 973
e-mail: redaktion@barnimer-buergerpost.de
bbpforum: <http://de.groups.yahoo.com/group/bbp-forum/>
redaktion: Gerd Markmann
fotografie: exil e.V., Markmann (4),
mühle e.V., Splanemann
druckerei: Grill & Frank · (0 33 34) 35 39 18
redaktionschluß: 15. Mai 2010

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Nachdruck, wenn nicht anders bestimmt, bei Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars erlaubt. Bankkonto: Konto-Nr. 359 946 1000 bei der Berliner Volksbank, BLZ 100 900 00. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1. Januar 2002.
Abopreise (12 Ausgaben): Normal-Abonnement 9 EURO, ermäßigt 3 EURO, Förder-Abo 12 EURO.

Redaktionsschluß der NÄCHSTEN AUSGABE ist am 19.6.2010, 12 Uhr.